


www.laender-analysen.de/ukraine

LOKALWAHLEN

- | | | | |
|--|----|---|----------------|
| <p>■ ANALYSE
Lokalwahlen unter den Bedingungen der Dezentralisierung: Erfolge für die Bürgermeister, Niederlagen für Selenskyj
Olexiy Haran (Nationale Universität »Kyjiw-Mohyla-Akademie«)</p> | 2 | <p>■ DOKUMENTATION
ODIHR limited election observation mission
Key conclusions from the Election Day observation of the All-Ukrainian non-governmental organization "Committee of voters of Ukraine" (CVU)
OPORA statement on preliminary results of observation in 2020 local elections</p> | 22
23
25 |
| <p>■ ANALYSE
Städtische Haushalte vs. Bürgerbeteiligung: die Realität der Bürgerhaushalte in den ukrainischen Städten
Kostjantyn Schokalo (Zentrum »United Actions«, Kyjiw)</p> | 9 | <p>■ STATISTIK
Die Verbreitung von Covid-19 in der Ukraine</p> | 27 |
| <p>■ KOMMENTAR
Die Lokalwahlen 2020 und ihre Bedeutung für Dezentralisierung und Konfliktlösung in der Ukraine
Maryna Rabinovych (Kyiv School of Economics, Kyjiw),
Olexandra Deineko (Nationale W.-N.-Karasin-Universität Charkiw, Charkiw)</p> | 16 | <p>■ CHRONIK
Covid-19-Chronik,
26. Oktober – 8. November 2020</p> | 30 |
| <p>■ KOMMENTAR
Zwischen korporativen Interessen und neuen Inseln der Veränderung – Lokalwahlen im Donbas 2020
Samuel Goda (University of Economics in Bratislava),
Wilfried Jilge (DGAP, Berlin),
Valerij Novikov (Luhansk Oblast Centre »Alternative«, Kyjiw)</p> | 18 | <p>■ CHRONIK
26. Oktober – 8. November 2020</p> | 31 |

Lokalwahlen unter den Bedingungen der Dezentralisierung: Erfolge für die Bürgermeister, Niederlagen für Selenskyj

Olexiy Haran (Nationale Universität »Kyjiw-Mohyla-Akademie«)

DOI: 10.31205/UA.242.01

Zusammenfassung

Die ukrainischen Lokalwahlen vom 25. Oktober wurden unter neuen Bedingungen abgehalten. Hierzu gehören die Dezentralisierung, die Wahlen nach offenen Listen in Gemeinden mit einer Bevölkerung über 10 000 Einwohnern sowie die Konfrontation der Kommunen und der Zentralregierung, die sich während der Pandemie noch verschärfte. Am Wahltag wurde eine sogenannte »Umfrage des Präsidenten« mit fünf Fragen durchgeführt. Diese »Umfrage« ist nicht repräsentativ, bleibt juristisch folgenlos und ist als (erfolgloser) Versuch des Präsidenten zu bewerten, das Ergebnis für seine Partei *Diener des Volkes* zu verbessern. Seine Partei hat nun zwar in allen Radas der Oblaste Fraktionen, dennoch sind die Ergebnisse im Vergleich zum Jahr 2019 um das Zweieinhalbfache eingebrochen. Lediglich in zwei Oblast-Zentren besteht noch die Chance auf einen Bürgermeisterposten. Die Unterstützung der proeuropäischen Partei *Europäische Solidarität* und der prorussischen *Oppositionsplattform Für das Leben* nahm zu. Besonders erfolgreich waren die lokalen Parteien der amtierenden Bürgermeister. Die Ergebnisse der Lokalwahlen geben eher ein Mosaik als ein kohärentes Gesamtbild ab. In der Mehrheit der Radas wird eine Monopolisierung der Macht nicht möglich sein. Dies gilt selbst für den Osten und Süden des Landes, wo dies vor 2014 besonders ausgeprägt war.

Obwohl aufgrund der Covid-19-Pandemie große Bedenken hinsichtlich der Abhaltung der Lokalwahlen laut wurden, wurden sie nicht verschoben, sondern fanden verfassungsgetreu am 25. Oktober 2020 statt. Die größte Frage bestand wohl darin, ob es Selenskyj und seiner Partei gelingen würde, die überragenden Erfolge von 2019 zu wiederholen und auch die lokalen Radas unter ihre Kontrolle zu bringen. Gleichzeitig verliehen eine Reihe zusätzlicher Faktoren diesen Wahlen besondere Bedeutung.

Der neue Kontext: größere Bedeutung, hervorgehobene Rolle von Parteien, Covid-19 gegen die Zentralregierung

Durch die fortschreitende Dezentralisierung und die steigenden Einnahmen der Gemeinden hat ein Sieg bei den Lokalwahlen beträchtlich an Bedeutung gewonnen. Im Zuge der Vergrößerung sind etwa 1.400 neue Territorialgemeinden entstanden, die über deutlich größere Finanzmittel verfügen, ebenso wurden die 490 Rajone zu 136 Rajone fusioniert und somit vergrößert. In den vorübergehend okkupierten Oblasten Donezk, Luhansk und auf der Krim fanden keine Wahlen statt. Kurz gesagt: Der Druck von Russland und einige mehrdeutige Aussagen der Regierung, dass die Wahlen am 25. Oktober theoretisch gleichzeitig auf dem gesamten Territorium des Donbas stattfinden könnten, sorgten für so große Empörung in der ukrainischen Gesellschaft, dass Kyjiw schließlich bei seiner ursprünglichen Haltung blieb. Auch in den 18 frontnahen Gemeinden fanden wegen Sicherheitsbedenken keine Wahlen

statt (etwa 0,5 Millionen und damit 1,74 Prozent der 28,6 Millionen Wahlberechtigten), was sowohl von der Opposition als auch von Wahlexperten kritisiert wurde. Wie schon 2015 wurden in den regierungskontrollierten Gebieten des Donbas mit Ausnahme der Wahlen zu den Radas der Oblaste Wahlen abgehalten. Allerdings durften Binnenflüchtlinge an ihrem neuen Aufenthaltsort wählen, wenn sie zuvor einen Antrag bei der Meldebehörde gestellt hatten. Erstmals waren mindestens 40 Prozent der Kandidaten weiblich.

Eine Besonderheit dieser Wahlen war die gestiegene Bedeutung von Parteien. In den Gemeinden mit mehr als 10.000 Einwohnern wurde ein Verhältniswahlssystem mit offenen Listen eingeführt, das die Aufstellung von unabhängigen Kandidaten ausschloss. Die Initiative, die Schwelle von 90.000 auf 10.000 Einwohner herabzusetzen, ging auf die Regierungspartei *Diener des Volkes* zurück, weil dies die Möglichkeit bot, sich an die Zustimmungswerte des Präsidenten »anzuhängen«, der trotz sinkender Umfragewerte nach wie vor der beliebteste Politiker im Land ist. Außerdem hat sich in dieser Frage ein Konsens der stärksten Kräfte gebildet, da die großen Parteien von dieser Regelung profitieren. Dies beeinträchtigte die Rechte der unabhängigen Kandidaten und lokalen Aktivisten erneut stark. Experten betonen, dass diese Schwelle zur nächsten Wahl wieder angehoben werden sollte.

Dennoch bringt die Verhältniswahl den Vorteil, dass es in den meisten Radas keine dominierende Kraft geben wird. Stattdessen werden sich de facto Koalitionen und spontane Allianzen bilden müssen.

Einen erheblichen Einfluss auf die Wahlergebnisse hatte Covid-19, weil die Zentralregierung zu Beginn der Pandemie sehr strenge Maßnahmen getroffen hatte. Diese stellten sich im Nachhinein als unverhältnismäßig heraus und schwächten die Wirtschaft massiv. Umfragen belegen aber, dass die Ukrainer einen wirtschaftlichen Abschwung mehr fürchten als das Virus. Die Lokalregierung inszenierte sich als Beschützerin der einfachen Bürger vor der »Willkür« der Zentralregierung. Als sich das Coronavirus später stark ausbreitete und die Zeit für harte Maßnahmen tatsächlich gekommen war, schreckte die Zentralregierung davor zurück, diese so kurz vor den Wahlen durchzusetzen, um nicht noch mehr Wähler an die Bürgermeister zu verlieren. Wie die Wahlergebnisse zeigen, werden die Möglichkeiten der Zentralregierung auch weiterhin begrenzt sein.

Der Verlauf des Wahlkampfes und die Wahlen

Für gewöhnlich ist die Wahlbeteiligung in der Ukraine bei Lokalwahlen niedriger als bei Parlaments- und Präsidentschaftswahlen. Nach Angaben der Zentralen Wahlkommission lag sie diesmal bei nur 36,9 Prozent. Das sind 10 Prozent weniger als bei den Lokalwahlen 2015. Die höchste Wahlbeteiligung gab es in der Oblast Ternopil (47 Prozent), die niedrigste in der Oblast Donezk auf dem der Ukraine unterstehenden Territorium (32 Prozent).

Eine Erklärung für die niedrigere Wahlbeteiligung liefert die Covid-19-Pandemie. Nichtsdestotrotz blieb die Beteiligung der älteren Generation (die der Risikogruppe angehört) laut einer Umfrage von *Rating Group* auch unter diesen Umständen hoch. 56 Prozent der Wähler waren über 50 Jahre alt (unter allen Wahlberechtigten macht diese Altersgruppe 45 Prozent aus). Gleichzeitig waren nur 11 Prozent der Wähler zwischen 18 und 29 Jahre (18 Prozent aller Wahlberechtigten). Besonders groß war das Übergewicht der älteren Wählerschaft im Osten und im Süden des Landes, wo 60 Prozent der Wähler über 50 Jahre alt waren (http://RatingGroupgroup.ua/research/ukraine/mestnye_vybory_2020_analiz_vozrastnoy_struktury_izbirateley.html). Das führte dort zu einem Zugewinn an Stimmen für die Nachfolgepartei von Janukowytshs *Partei der Regionen*: der *Oppositionsplattform – Für das Leben*, deren Wählerschaft schon immer überwiegend aus älteren Menschen bestand.

Der zweite wichtige Faktor in Bezug auf die geringe Wahlbeteiligung ist die Enttäuschung nach der Euphorie von Selenskyjs Sieg und der sogenannten »grünen Erfolgswelle« (Grün ist die Farbe der Selenskyj-Partei *Diener des Volkes*, Anm. d. Redaktion) bei den Parlamentswahlen 2019. 63 Prozent der Wahlberechtigten, die an den Wahlen nicht teilgenommen haben, gaben

an, von der Situation im Land enttäuscht zu sein (http://RatingGroupgroup.ua/research/ukraine/rezultaty_elektoralno-povedencheskogo_issledovaniya_v_den_vyborov.html).

Bei einer niedrigen Wahlbeteiligung wächst die Bedeutung jeder einzelnen Stimme. Die Listen erschweren zwar die Wahlfälschung, dafür kommt es in den kleinen Gemeinden auf ein paar wenige Stimmen an. So betrug die Differenz bei den Bürgermeisterwahlen in Marhanez in der Oblast Dnipropetrowsk gerade einmal fünf Stimmen. Eine rechtlich nicht begründete Neuzählung der Stimmen ergab einen knappen Sieg für die *Oppositionsplattform*. Nun wird vor Gericht über den Bürgermeisterposten entschieden.

Die Wahlslogans der Parlamentsparteien entsprechen eher nationalen als lokalen Wahlen. Die Talkshows in den zentralen Medien ließen sich über landesweite politische Skandale aus und gingen kaum auf Lokalpolitik ein. Zudem führten Parlamentsabgeordnete und sogar Regierungsmitglieder die Listen ihrer Parteien für die Oblast-Radas an.

Im Wahlkampf kritisierte die *Oppositionsplattform* Präsident Selenskyj und akzentrierte soziale Fragen und den Frieden im Donbas.

Auch die *Europäische Solidarität* des ehemaligen Präsidenten Petro Poroschenko kritisierte Selenskyj und fokussierte ihren Wahlkampf auf die Verhinderung einer »prorussischen Revanche« durch die *Oppositionsplattform*.

Vaterland, die Partei der ehemaligen Premierministerin Julija Tymoschenko, betonte vor allem die Themen Rente, kommunale Nebenkosten und Gehälter, die jedoch ebenfalls nicht auf lokaler Ebene entschieden werden.

Im Rahmen der Kampagne von *Diener des Volkes* reiste Selenskyj durch das Land und eröffnete Straßen, Stadions und soziale Einrichtungen. Das alles wurde nicht von Staatssymbolen, sondern von den Symbolen der Präsidenten-Partei begleitet.

Die erste und wichtigere Stimme bei den Rada-Wahlen geht an eine Partei. Doch laut der Stiftung *Demokratychni initsiatywy* (Demokratische Initiativen) wussten noch im August nur 34 Prozent der Wahlberechtigten, dass es in ihrer Stadt ein Büro der Partei gab, die sie wählen wollten. Bei der Wahl der Bürgermeister gaben nur 20 Prozent an, dass die Parteizugehörigkeit für sie relevant sei (<https://dif.org.ua/article/mistsevi-vibori-2020-elektoralni-nastroi-gromadyan>). Daher bekamen in vielen Fällen bevorzugt die lokalen Parteien die Stimmen, die Parteien der Bürgermeister »in der jeweiligen Stadt/Oblast« sind. Nachdem sie ihr Kreuz bei einer der Parteien gemacht hatten, konnten die Ukrainer noch einzelne Kandidaten aus den Parteilisten wählen. Aber das Wissen über diese war minimal,

weil in den Medien nur unzureichend über sie berichtet worden war. In den Umfragen von *Rating Group* gaben 40 Prozent der Wähler an, dass sie Schwierigkeiten hatten, sich auf dem Wahlzettel zu orientieren. Letztlich waren die Möglichkeiten der Kandidaten auf einen der oberen Plätze der Liste zu kommen trotz der offenen Listen sehr begrenzt. Auch das muss zukünftig von den Gesetzgebern, den Teilnehmern der Wahlen und den Medien berücksichtigt werden.

Eine nicht repräsentative Umfrage von Selenskyj

Als die Umfragewerte von *Diener des Volkes* fielen, unternahm man gerade mal 12 Tage vor den Wahlen noch den Versuch, wieder in den Mittelpunkt der Aufmerksamkeit zu rücken und kündigte am 13. Oktober eine »Umfrage des Präsidenten« an. Diese enthielt größtenteils Suggestivfragen oder Fragen, die bestimmte soziale Gruppen mobilisieren sollten – vor allem natürlich die potenziellen Wähler von *Diener des Volkes*. Selenskyjs Team verkündete gleich zu Beginn, dass die Umfrageergebnisse keine juristischen Konsequenzen haben, aber bei den entsprechenden Gesetzentwürfen berücksichtigt würden.

Tabelle 1: Vorläufige Ergebnisse der Fünf-Fragen-Umfrage von Präsident Selenskyj, in Prozent (80 Prozent der Antworten ausgezählt)

Frage	Ja	Nein
1. Unterstützen Sie die Idee einer lebenslangen Freiheitsstrafe für Korruption in besonders großem Ausmaß?	82,97	13,87
2. Unterstützen Sie die Bildung einer Sonderwirtschaftszone in den Oblasten Donezk und Luhansk?	46,7	46,48
3. Unterstützen Sie die Reduzierung der Abgeordneten der Werchowna Rada auf 300?	89,6	7,12
4. Unterstützen Sie die Legalisierung von Cannabis für medizinische Zwecke, um Schmerzen schwerkranker Personen zu lindern?	64,88	29,53
5. Muss die Ukraine die Frage der Verwendung der im Budapester Memorandum festgelegten Sicherheitsgarantien auf internationaler Ebene zur Wiederherstellung ihrer staatlichen Souveränität und territorialen Integrität ansprechen?	74,21	17,21

Quelle: »W ›Sluge Naroda‹ predstavili pervye rezultaty oprosa Selenskogo«, *Focus.ua*, 26. Oktober 2020; https://focus.ua/ukraine/465880-v_sluge_naroda_predstavili_pervye_rezultaty_oprosa_zelenskogo

Betrachtet man jedoch die methodologische Grundlage der Umfrage (oder vielmehr das Fehlen einer solchen), stellt man fest, dass es sich weder um eine Wahltagsbefragung noch um eine »landesweite Umfrage« handelte

(letztere ist auch nicht in der Gesetzgebung vorgesehen). Soziologen betonen, die Umfrage des Präsidenten sei nicht repräsentativ – nicht für die Ukraine, und noch nicht einmal für die Menschen, die an den Lokalwahlen teilgenommen haben.

Bei der Umfrage wurde weder die Abstimmung noch die Auszählung der Stimmen kontrolliert und so war es beispielsweise möglich, dass mehrere Umfragezettel ausgefüllt werden konnten. Es wird sogar von kuriosen Fällen berichtet, bei denen Ausländer abgestimmt haben sollen. Finanziert wurde die Umfrage von *Diener des Volkes*, was eine Einflussnahme des Präsidenten auf die Wahlen darstellt. Dies wurde auch in der Erklärung der OSZE vermerkt, die den Ablauf der Wahlen jedoch insgesamt als positiv einstufte (<https://www.osce.org/odihr/elections/468249>).

Laut den Angaben von Selenskyjs Team waren 90 Prozent der Befragten für die Minimierung der Zahl der Volksabgeordneten auf 300; 83 Prozent für lebenslange Haftstrafen wegen Korruption in besonders schweren Fällen; 74 Prozent für das Recht der Ukraine, von den Sicherheitsgarantien des Budapester Memorandums Gebrauch zu machen, um die territoriale Einheit wiederherzustellen; 65 Prozent für die Legalisierung von medizinischem Cannabis. Die Einrichtung einer Sonderwirtschaftszone im Donbas unterstützten knapp 47 Prozent; 46 Prozent waren dagegen. Das entspricht in etwa auch den Angaben aus der Umfrage von *Rating Group*.

Trotz der vielen Einwände gegen die Umfrage gelang es Selenskyjs Team, eine öffentliche Debatte über deren Ergebnisse auszulösen. Sogar die oppositionellen Fernsehsender berichteten, dass die Fragen des Präsidenten eine Zustimmung von 70 bis 90 Prozent erhalten hätten (mit Ausnahme der Sonderwirtschaftszone). Der Koordinator der Umfrage, Artjom Gagarin (Fernsehmoderator und Co-Autor von Selenskyjs Show *95 kwartal*), erklärte, die Umfrage habe »ein lebhaftes Interesse bei den Ukrainern hervorgerufen« (<https://nv.ua/ukraine/politics/opros-zelenskogo-kogda-budut-rezultaty-novosti-ukrainy-50119936.html>). In Wirklichkeit haben nach Angaben von *Rating Group* nur 46 Prozent der Wähler an der Umfrage teilgenommen. Bedenkt man dabei, dass nur 37 Prozent gewählt haben, kommt man auf ein Ergebnis von 17 Prozent (46 Prozent x 37 Prozent = 17 Prozent). Schließlich gaben das auch die Vertreter von *Diener des Volkes* zu.

Damit beträgt die Zustimmung für Selenskyjs Fragen landesweit zwischen 7 Prozent (für eine Sonderwirtschaftszone im Donbas) und 16 Prozent (für eine Minimierung der Abgeordnetenzahl). Das ist weder eine landesweite Zustimmung noch ein Argument für entsprechende Gesetzesinitiativen. Auch wenn eine Sonderwirtschaftszone im Donbas, eine Minimierung der Abgeordne-

tenzahl oder die medizinische Anwendung von Cannabis durchaus im Parlament diskutiert werden können – dafür bedurfte es keiner »Umfrage des Präsidenten« am Wahltag.

Die Wahlergebnisse

Am 09. November war die Auszählung der Stimmen noch nicht überall abgeschlossen. Doch die bisherigen Ergebnisse bestätigen die Tendenz, die Soziologen bereits während des Wahlkampfes festgestellt haben: Die Zustimmungswerte für *Diener des Volkes* fallen, die der Oppositionsparteien steigen – der *Europäischen Solidarität* im proeuropäischen Segment, und der *Oppositionsplattform* im prorussischen Segment. Ebenso konnten die Parteien der Bürgermeister signifikante Erfolge verbuchen. Die amtierenden Bürgermeister haben in großen Städten entweder die Wahl gewonnen oder haben gute Chancen, ihre Posten auch weiterhin zu behalten. Das heißt, dass die lokalen Eliten ihre Macht unter Beweis stellen konnten. Vertreter der Partei *Diener des Volkes* wurden in etwa 17 Prozent aller Städte und Dörfer in das Amt des Bürgermeisters gewählt. Etwa 50 Prozent der Ämter gingen dabei an unabhängige Kandidaten (https://www.cvk.gov.ua/pls/vm2020/pvm003pt001f01=695pt00_r001f01=695.html). Doch die Partei *Diener des Volkes* muss vor allem bei den Bürgermeisterwahlen in den Großstädten eine herbe Niederlage einstecken – Chancen auf einen Bürgermeisterposten hat sie nur noch in Uschhorod und Poltawa, wo ihre Kandidaten in eine Stichwahl gegangen sind.

Bei den Wahlen der Abgeordneten für die Oblast-Radas sind die vorläufigen Ergebnisse laut *Diener des Volkes* (<https://www.pravda.com.ua/rus/news/2020/10/27/7271452/>):

- *Diener des Volkes*: etwa 20 Prozent der Mandate
- *Europäische Solidarität*: 16 Prozent der Mandate
- *Oppositionsplattform*: 13 Prozent der Mandate
- *Vaterland*: 10 Prozent der Mandate

Bei den Radas der Rajone:

- *Diener des Volkes*: ungefähr 17 Prozent der Mandate
- *Oppositionsplattform*: 15 Prozent der Mandate
- *Europäische Solidarität*: 13 Prozent der Mandate

Verglichen mit den Parlamentswahlen, bei denen *Diener des Volkes* über die Parteiliste 43 Prozent der Stimmen und insgesamt 254 von 450 Sitzen bekommen hatte, ist das landesweit ein schwerer Verlust, auch wenn die Partei nun in allen Radas der Oblaste vertreten sein wird. In vier Radas der Oblaste erzielte sie eine einfache Mehrheit (Dnipropetrowsk, Sumy, Schytomyr, Tscherniwzi).

Die *Europäische Solidarität* ist ebenfalls in alle Oblast-Radas eingezogen und hat in den Oblasten Lwiw, Riwna, Ternopil und Kyjiw eine relative Mehrheit bekommen; in Kyjiw überholte sie gar *Der Schlag*, die Partei des amtierenden Bürgermeisters Witalij Klytschko, und erzielte eine Mehrheit.

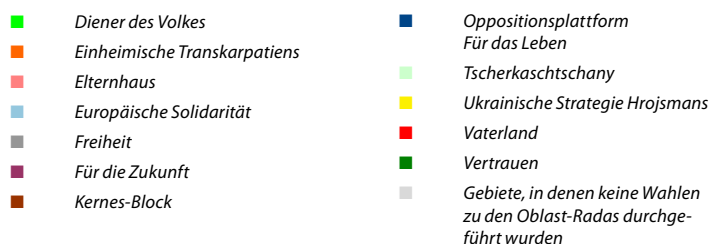
Die *Oppositionsplattform* hat im Westen des Landes den Einzug in einige Oblast-Radas nicht geschafft, dafür gewann sie die Mehrheit in vier Oblasten: Mykolajiw, Cherson, Odesa und Saporischschja (in den beiden letzteren dicht gefolgt von den Parteien der jeweiligen Bürgermeister).

Die unter Einfluss des Oligarchen Kolomojskyj stehende Partei *Für die Zukunft* gewann in den zwei Oblasten Chmelnyzkyj und Wolyn.

Vaterland gewann in der Oblast Kirowohrad, die rechte *Freiheit* in Iwano-Frankiwsk. In den restlichen sieben Oblasten holten die Parteien der lokalen Eliten den ersten Platz.

Die vorläufigen Ergebnisse der Wahlen lassen sich wie folgt darstellen.

Karte 1: Parteien, die bei den Wahlen zu den Oblast-Radas die meisten Stimmen bekamen (Stand: 03.11.2020)



In den Oblasten unterscheidet sich die Lage stark voneinander. Das Ergebnis der Lokalwahlen ist ein Mosaik, kein einheitliches Bild für die gesamte Ukraine. Einerseits ist das gut, weil es kein Machtmonopol geben wird, wie es sich nach den Wahlsiegen von Selenskyj 2019 abzeichnete, nicht einmal in den Radas im Osten und Süden des Landes. Wurde dort bis 2014 alles von der

Tabelle 2: Konkurrenz und Wahlbeteiligung bei den Wahlen zu den Oblast-Radas am 25.10.2020

Oblast	Sitze	Parteien	Kandidatinnen auf der Liste	Wahlbeteiligung (%)
Oblast Winnyzja	84	10	678	39,39
Oblast Wolyn	64	10	543	41,89
Oblast Dnipropetrowsk	120	11	1.125	34,16
Oblast Schytomyr	64	12	689	37,47
Oblast Transkarpatien	64	10	541	41,25
Oblast Saporischschja	84	13	837	33,93
Oblast Iwano-Frankiwsk	84	13	875	41,18
Oblast Kyjiw	84	18	1.205	36,66
Oblast Kirowohrad	64	10	569	35,29
Oblast Lwiw	84	15	1.029	43,82
Oblast Mykolajiw	64	12	632	32,02
Oblast Odesa	84	11	767	35,46
Oblast Poltawa	84	14	861	37,74
Oblast Riwne	64	12	648	39,34
Oblast Sumy	64	12	695	35,58
Oblast Ternopil	64	13	667	44,68
Oblast Charkiw	120	11	1.028	32,33
Oblast Cherson	64	14	696	32,39
Oblast Chmelnyzkyj	64	10	556	40,71
Oblast Tscherkasy	64	15	743	35,76
Oblast Tschernihiw	64	9	536	41,64
Oblast Tscherniwzi	64	16	924	34,84

Quelle: Ukraine Elections, Abstimmungsergebnisse der Kommunalwahlen, Stand: 06.11.2020; https://ukraine-elections.com.ua/election_data/vybory_result/region/2020-10-25; BBC, Vorläufige Ergebnisse der Wahlen zu den Oblast-Radas, Stand: 03.11.2020; <https://www.bbc.com/ukrainian/news-54796425>.

Partei der Regionen kontrolliert, so hat nun nicht nur die *Oppositionsplattform* an Einfluss gewonnen, sondern auch ihr Widersacher, die Partei *Oppositionsblock* von Achmetow. In einige Radas im Süden und Osten hat auch die prorussische Partei *Scharij* den Einzug geschafft, die eine überwiegend junge Wählerschaft hinter sich versammelt. Auch vertreten sind die Parteien der Bürgermeister und einige weitere Parteien. Dementsprechend wird die Politik im Süden und Osten des Landes zunehmend pluralistisch. Die allgemeine Tendenz ist aber keine Polarisierung entlang der Linie Ost-West, sondern ein Widerstreit der Kräfte: lokale Eliten gegen die Zentralregierung. Es stehen sehr unterschiedliche Koalitionsbündnisse im Raum. Wird beispielsweise *Der Schlag* von Klytschko in der städtischen Rada von Kyjiw mit der *Europäischen Solidarität* koalieren, um eine Konfrontation mit der Bankowa zu provozieren? Denn die

Bankowa hält bekanntlich noch ein Ass im Ärmel und könnte versuchen, nicht den gewählten Bürgermeister, sondern ihren eigenen Kandidaten zum Oberhaupt der Kyjiwer Stadtverwaltung zu ernennen.

Andererseits bergen die Erfolge des Achmetow nahestehenden Bürgermeisters von Mariupol Wadym Bojtschenko (*Partei Bojtschenko-Block*) und umstrittener Personen wie Hennadij Kernes in Charkiw (*Kernes-Block Erfolgreiches Charkiw*) oder Hennadij Truchanow (Partei: *Doweraj delam*) in Odesa die Gefahr einer Art Feudalisierung der jeweiligen Gegenden. Hier ist der Gesetzgeber gefragt: Sind die Parteien, die es nur in einzelnen Städten gibt, legitim? (einige Expertenmeinungen zu diesem Thema: <https://zn.ua/internal/mestnyevybory-2020-rabota-nad-oshibkami.html>) Festhalten lässt sich jedenfalls, dass die Pluralität sogar im Süden und im Osten des Landes gemessen an den Zeiten unter Janukowytsch gestiegen ist.

Auswirkungen auf die nationale Politik: Eine unerwartete Wende

Bereits 2019 prognostizierten Experten, dass sich trotz der Gefahr eines Machtmonopols in der Fraktion von *Diener des Volkes* eine Differenzierung vollziehen würde. Und so kam es auch. Nun haben die *Diener* ihre Fraktionen in den Stadt- und Oblast-Radas bekommen und können zu einem normalen Parteaufbau übergehen. Aber sie haben ihr Monopol eingebüßt: Die Lokalregierungen sind nun in der Lage ein Gegengewicht zum Einfluss der Zentralregierung zu schaffen.

Auch die Position des Präsidenten ist geschwächt und er wird die entstehenden Bündnisse berücksichtigen müssen – sowohl innerhalb der eigenen heterogenen Fraktion als auch zwischen den anderen politischen Kräften. Mit wem wird Selenskyj koalieren? Mit der *Europäischen Solidarität* und der *Stimme*, wie schon während der Abstimmung über die Bodenreform und das Bankengesetz? Leider ist zu erwarten, dass der Einfluss von Kolomojskyj (seine Partei *Für die Zukunft* verzeichnete große Erfolge bei den Kommunalwahlen), Achmetow und den lokalen Eliten zunehmen wird. Das wiederum heißt, dass der Zeitpunkt für wichtige Reformen versäumt wurde. In dieser Hinsicht ist Selenskyj derselbe Fehler unterlaufen wie schon Juschtschenko, Janukowytsch und Poroschenko, die anfangs ebenfalls die Unterstützung der Werchowna Rada und der Gesellschaft gehabt hätten, um Reformen durchzuführen.

Die sinkenden Zustimmungswerte der *Diener* deuten darauf hin, dass Selenskyj keine vorgezogenen Parlamentswahlen abhalten wird. Gleichzeitig ist zu erwarten, dass er, um die Werte wieder in die Höhe zu treiben, nach der »Umfrage des Präsidenten« ein Referendum mit ähnlich populistischen Fragen wie der Minimierung der Zahl der Rada-Abgeord-

neten oder der lebenslangen Haftstrafen für Korruption abhält.

Eine unerwartete Möglichkeit, seine Niederlage zu kompensieren, bescherte Selenskyj die Entscheidung des Verfassungsgerichts vom 27. Oktober, die den Kampf gegen Korruption, insbesondere durch die Aufhebung von elektronischen Vermögenserklärungen, massiv behinderte. Das sorgte sowohl in der Ukraine als auch im Westen für Empörung. Der Präsident sprach von einer Gefahr für die nationale Sicherheit, berief unverzüglich eine Sitzung des Nationalen Sicherheitsrates ein und legte am 29. Oktober einen Gesetzentwurf zur Auflösung des gegenwärtigen Verfassungsgerichts vor, womit er gegen die Verfassung verstieß. Diese popu-

listische »Kavallerieattacke« könnte zur Wiederherstellung seiner Popularität und Stärkung seiner Position beitragen, die nach den Kommunalwahlen ins Wanken geraten waren. Möglich ist aber auch die entgegengesetzte Wirkung, da der alternative Gesetzentwurf vom 02. November, der einen Kompromiss und einen rechtsstaatlichen Ausweg aus der Krise vorsieht, den Rada-Vorsitzenden Dmytro Rasumkow und mehr als 120 Abgeordnete sowohl aus den Reihen der Diener als auch der Opposition vereinte (http://w1.c1.rada.gov.ua/pls/zweb2/webproc4_1?pf3511=70306ada.gov.ua/pls/zweb2/webproc4_1?pf3511=70306).

Übersetzung aus dem Russischen von Maria Rajer

Über den Autor

Olexiy Haran ist Professor für Vergleichende Politikwissenschaft an der Nationalen Universität »Kyjiw-Mohyla-Akademie«. Zudem ist er Forschungsdirektor der Stiftung Demokratische Initiativen, einem der ältesten Thinktanks in der Ukraine, der sich auf Analysen und soziologische Umfragen spezialisiert.

Tabelle 3: Stimmenanteile der BürgermeisterkandidatInnen bei den Kommunalwahlen vom 25. Oktober 2020 und angekündigte Stichwahlen/Wahlwiederholung

Anzahl der WählerInnen: 28.622.004

Wahlbeteiligung: 36,88%

Stadt	KandidatInnen	WählerInnen	SiegerIn erste Runde	Stimmen (in Prozent)	Zweitplatzierte(r) erste Runde	Stimmen (in Prozent)	Stichwahl/Wahlwiederholung
Kyjiw	20	2.114.193	Witaliy Klytschko	50,51	Oleksandr Popow	9,51	nein
Charkiw	15	1.034.615			*		
Dnipro	17	739.544	Borys Filatow	46,41	Sahid Krasnow	13,15	ja
Odesa	23	692.057	Hennadij Truchanow	37,54	Mykola Skoryk	19,06	ja
Lwiw	17	592.204			*		ja
Saporischschja	10	568.733	Wolodymyr Burjak	59,99	Walerij Prozapas	11,43	nein
Krywyi Rih	9	487.767			*		
Mykolajiw	6	350.928			*		
Mariupol	5	301.153	Wadym Bojtschenko	64,57	Wolodymyr Klymenko	25,84	nein
Winnyzja	10	295.102	Serhij Morhunow	65,93	Serhij Kudlajenko	13,04	nein
Cherson	17	256.247	Ihor Kolychajew	30,75	Wolodymyr Saldo	17,09	ja
Poltawa	13	239.466			*		
Sumy	10	231.127	Oleksandr Lysenko	44,20	Wadym Akperow	14,71	ja
Chmelnyzkyj	5	224.518			*		
Tschernihiw	7	213.690	Wladyslaw Atroschenko	77,49	Wadym Antoschyn	4,5	nein
Tscherkasy	13	212.945	Anatolij Bondarenko	37,60	Wiktor Jewpak	19,14	ja
Iwano-Frankiwsk	5	201.797	Ruslan Marzinkiw	84,78	Petro Schkutjak	7,05	nein

Fortsetzung auf der nächsten Seite

Tabelle 3: Stimmenanteile der BürgermeisterkandidatInnen bei den Kommunalwahlen vom 25. Oktober 2020 und angekündigte Stichwahlen/Wahlwiederholung (Fortsetzung)

Stadt	KandidatInnen	WählerInnen	SiegerIn erste Runde	Stimmen (in Prozent)	Zweitplatzierte(r) erste Runde	Stimmen (in Prozent)	Stichwahl/Wahlwiederholung	
Schytomyr	13	201.516	Serhij Suchomlyn	51,38	Wiktor Jewdokymow	12,56	nein	
Tscherniwzi	14	185.727	*					
Riwne	16	181.619	Wiktor Schakyrjan	19,84	Oleksandr Tretjak	16,93	ja	
Kropywnyzkyj	10	180.947	Andrij Rajkowyttsch	53,53	Artem Strytschakow	19,88	nein	
Kamjanske	10	180.911	Andrij Bilousow	67,27	Maksym Golosnyj	9,8	nein	
Ternopil	9	178.872	Serhij Nadal	74,59	Iwan Sorokolit	5,88	nein	
Luzk	11	172.192	Ihor Polischtschuk	32,47	Bohdan Schyba	13,14	ja	
Krementschuk	10	163.706	Witaj Malezkyj	52,08	Hennadij Iwanjan	13,04	nein	
Bila Zerkwa	9	155.666	Hennadij Dykyj	57,58	Mykola Babenko	25,17	nein	
Kramatorsk	11	140.630	Oleksandr Hontscharenkow	48,61	Andrij Pankow	37,75	ja	
Melitopol	8	113.036	Iwan Fedorow	59,60	Pawlo Maslow	16,17	nein	
Nikopol	13	95.664	Oleksandr Sajuk	21,86	Ruslan Olijnyk	17,85	ja	
Browary	12	92.903	*					
Uschhorod	22	90.214	*					
Berdjansk	15	88.091	*					
Drohobyttsch	10	86.168	*					ja
Slowjansk	6	85.684	Olga Altunina	*	Wadym Ljach	*	ja	
Pawlohrad	9	85.210	Anatolij Werschyna	57,97	Serhij Rublewskyj	11,97	nein	
Mukatschewo	6	78.864	Andrij Baloha	66,88	Illja Tokar	13,53	nein	
Kamjanez-Podilskyj	7	78.786	Wolodymyr Melnytschenko	40,47	Mychajlo Positko	35,46	ja	



* noch keine offiziellen Ergebnisse auf der Seite der Zentralen Wahlkommission verfügbar

Quelle: Ukraine Elections, Abstimmungsergebnisse der Kommunalwahlen, Stand: 06. November 2020; https://ukraine-elections.com.ua/election_data/vybory_result/region/2020-10-25, Zentrale Wahlkommission der Ukraine, https://www.cvk.gov.ua/pls/vm2020/pvm003pt001f01=695pt00_t001f01=695.html. Karte erstellt von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen in QGIS mit Geodaten von <https://www.openstreetmap.org> und <https://geohack.toolforge.org>.

Städtische Haushalte vs. Bürgerbeteiligung: die Realität der Bürgerhaushalte in den ukrainischen Städten

Kostjantyn Schokalo (Zentrum »United Actions«, Kyjiw)

DOI: 10.31205/UA.242.02

Mit der Dezentralisierung wurden in der Ukraine die finanziellen Mittel für die lokalen Haushalte erheblich aufgestockt. So entstanden durch mehr Geld vor Ort neue Mechanismen der direkten Demokratie. Für die Bürger wurde dabei der Bürgerhaushalt bzw. Beteiligungshaushalt am sichtbarsten, der im Zuge der Reform geschaffen wurde.

Durch den Bürgerhaushalt haben Kommunalverwaltungen die Möglichkeit, verschiedene Gemeinschaftsinitiativen und -projekte der Bürger zu finanzieren. Die Kommunalverwaltungen stellen dabei einen Teil der Mittel des städtischen Haushalts für die Bürger bereit, die per Abstimmung selbst entscheiden, wofür diese Mittel ausgegeben werden sollen. Weder Abgeordnete noch Beamte können diesen Prozess beeinflussen.

Der erste Bürgerhaushalt wurde 1985 in der brasilianischen Stadt Porto Alegre verabschiedet. Seitdem haben viele Demokratien begonnen, diese Praxis auf der lokalen Ebene anzuwenden. In der Ukraine wurde der Bürgerhaushalt zum ersten Mal 2015 in Poltawa, Tscherkasy und Tschernihiw eingeführt.

Das Thema der Bürgerhaushalte war vor den Kommunalwahlen im Oktober äußerst wichtig. Bürgerhaushalte stellen für amtierende Bürgermeister eine Möglichkeit dar, die öffentliche Meinung in der Stadt zu manipulieren. Daher lohnt es sich, nicht nur diese Praxis an sich, sondern auch den Inhalt der Bürgerhaushalte und die Effekte für die Kommunen zu betrachten.

Wie funktionieren Bürgerhaushalte?

Die Einführung des Bürgerhaushalts kann von den lokalen Behörden, den Bürgern oder sogar von internationalen Organisationen eingeleitet werden. Anschließend werden Bildung, Verwaltung und Umsetzung des Bürgerhaushalts der Kommunalverwaltung anvertraut.

Zur Aufgabe der Kommunalverwaltung gehört dabei vor allem die Entwicklung der Vorgaben und Programme für den Bürgerhaushalt, die Diskussion entsprechender Entwürfe mit den Bürgern und die Durchführung einer Informationskampagne. Nach der Genehmigung der Vorgaben und des Programms wird der Bürgerhaushalt in die Planung des städtischen Haushalts für das nächste Jahr aufgenommen.

Dann beginnen die Bürger, ihre Projekte für den Bürgerhaushalt im Einklang mit den Vorgaben und Programmen bei der Stadt einzureichen. Die Kommunal-

verwaltung prüft diese und lässt alle zu, die den gesetzlichen Bestimmungen entsprechen.

Anschließend beginnt das Wichtigste: die Abstimmung der Bürger über die Projekte. Diese Abstimmung findet per Stimmzettel oder elektronisch statt. Die Projekte mit den meisten Stimmen werden in den Bürgerhaushalt aufgenommen und im nächsten Jahr von der Kommunalverwaltung umgesetzt. Die Person, die das Gewinnerprojekt eingereicht hat, hat dann die Möglichkeit, die Verwaltung während der Umsetzung direkt zu kontrollieren.

Gelder in der Hand der Bürger

Das Prinzip »je mehr, desto besser« funktioniert im Bürgerhaushalt nicht wirklich, da die Größe dieses Haushalts von der Finanzlage der Stadt abhängt. Bei steigenden Einnahmen des lokalen Haushalts steigen gleichzeitig dessen Ausgaben. Ein Teil davon wird zur Finanzierung des Bürgerhaushalts verwendet. Daher hängt die Höhe der von den Bürgern verwalteten Mittel von der Lage des lokalen Haushalts ab. Karte 1 auf S. 12 zeigt, wie groß die Bürgerhaushalte in den ukrainischen Städten 2019 bis 2020 waren.

Im Jahr 2019 stellten Tscherniwzi (0,51 Prozent, Schytomyr (0,47 Prozent), Tschernihiw (0,44 Prozent), Ternopil (0,43 Prozent) und Odesa (0,4 Prozent) das meiste Geld aus dem lokalen Haushalt zur Finanzierung von Bürgerprojekten bereit. Am wenigsten Geld wurde in Chmelnyzkyj (0,06 Prozent), Kramatorsk (0,09 Prozent), Luzk (0,1 Prozent), Saporischschja (0,11 Prozent) und Winnyzja (0,12 Prozent) zur Verfügung gestellt.

Langfristig sollten Städte planen, die Bürgerhaushalte zu erhöhen, wenn die Finanzlage dies zulässt. Daher ist es auch wichtig zu berücksichtigen, wie sich die Budgetanteile von Jahr zu Jahr verändert haben. Im Vergleich zu 2019 stiegen die Ausgaben für den diesjährigen Bürgerhaushalt in Iwano-Frankiwsk (+ 200 Prozent), Tschernihiw (+ 39 Prozent), Winnyzja (+ 30,5 Prozent), Kramatorsk (+ 27,9 Prozent) und Mykolajiw erheblich.

Die Mittel für Bürgerprojekte in Uschhorod (- 40,3 Prozent), Riwne (- 7,5 Prozent) und Saporischschja (- 3,2 Prozent) wurden gekürzt. In Charkiw und Poltawa veränderten sich die Mittel der Bürgerhaushalte nicht.

Die Ergebnisse der Finanzdemokratie

Alle regionalen Zentren der Ukraine haben inzwischen Bürgerhaushalte eingeführt. In Schytomyr und Tschernykasy wurden die diesjährigen Programme jedoch verzögert, Kropywnyzkyj verschob die Umsetzung der Bürgerprojekte sogar auf das nächste Jahr. Konnten Bürgerhaushalte dazu beitragen, gesellschaftliche Probleme wirksam zu lösen (siehe Grafik 1, Erfolgsquote der Bürgerprojekte in den Bürgerhaushalten der Städte 2019–2020, auf S. 12)?

Im Vergleich zum Vorjahr hat die Aktivität der Bürger bei der Einreichung von Projekten in diesem Jahr in fast allen Städten erheblich zugenommen. Die meisten Projekte reichten die Bürger in Kyjiw (1137), Dnipro (465) und Iwano-Frankiwsk (294) ein, die wenigsten in Uschhorod (11), Kramatorsk (36) und Winnyzja (66).

Ein wichtiges Erfolgskriterium ist unter anderem die Einhaltung von Standards der durchgeführten Projekte. Diese sind in jeder Stadt unterschiedlich und werden durch die Kommunalverwaltung festgelegt. Initiativen der Einwohner von Cherson, Kropywnyzkyj und Dnipro entsprachen am häufigsten den festgelegten Normen, Projekte in Chmelnyzkyj, Charkiw und Tschernihiw eher weniger.

Von allen eingereichten Projekten für dieses Jahr wählten die Kommunalverwaltungen die meisten Gewinner in Kyjiw (341), Dnipro (107) und Lwiw (55). Die geringste Anzahl von Gewinnerprojekten gab es in Kramatorsk (15), Chmelnyzkyj (16) und Tschernihiw (26).

Natürlich wirkt sich die Höhe der Finanzmittel für den Bürgerhaushalt auf die Anzahl der Gewinnerprojekte aus. Daher ist es wichtig, die Dynamik dieser Projekte in jeder Stadt sowie die Aktivitäten der beteiligten Bürger zu bewerten.

Ein Projekt zu gewinnen, bedeutet jedoch nicht automatisch ein gesellschaftliches Problem zu lösen. Deshalb ist es notwendig, den Stand der Umsetzung dieser Projekte durch die Kommunalverwaltung zu prüfen. Leider stellen die Städte dazu bisher zu wenig Daten zur Verfügung. Diese sind entweder auf den Internetseiten der Stadträte verstreut und schwer zu sortieren, oder sie fehlen komplett.

Die beste Online-Plattform für übersichtliche und frei zugängliche Informationen zu Projekten der lokalen Bürgerhaushalte ist »Öffentliches Projekt« (<https://pb.org.ua/>). Dort werden alle Entscheidungen der lokalen Behörden, der Status der Projekte und detaillierte Statistiken darüber eindeutig präsentiert (siehe Grafik 2, Anteil der umgesetzten und nicht umgesetzten Projekte aus dem Bürgerhaushalt 2019–2020 auf S. 13).

So wurden in den Jahren 2019 bis 2020 die meisten Bürgerprojekte in Kramatorsk (100 Prozent), Kyjiw (93,2 Prozent), Dnipro (74,3 Prozent), Ternopil

(67,5 Prozent), Tscherniwzi (65,4 Prozent) und Chmelnyzkyj (56,8 Prozent) bereits umgesetzt. Der niedrigste Anteil der durchgeführten Projekte findet sich in Tschernihiw (0 Prozent), Uschhorod (11,1 Prozent), Odesa (16,5 Prozent), Riwne (47,1 Prozent), Lwiw (50,5 Prozent) und Kropywnyzkyj (52,4 Prozent). Dies betrifft nicht nur die diesjährigen Projekte, sondern auch die des Vorjahres.

Der Haushalt ist genehmigt. Wie hoch ist die Beteiligung?

Ob ihr Projekt vom Bürgerhaushalt profitiert, wird von den Bürgern maßgeblich durch ihre Unterstützung, genauer gesagt durch ihre Stimme, beeinflusst. Damit ein Bürgerhaushalt ein wirksamer Mechanismus zur Lösung gesellschaftlicher Probleme wird, müssen die Bürger gut informiert sein und in den Abstimmungsprozess einbezogen werden. Eine hohe Beteiligung der Bürger sollte von der Kommunalverwaltung garantiert werden.

Eine Informationskampagne sollte dabei den Bürgern helfen, die Grundsätze der Bildung und Umsetzung des Bürgerhaushalts zu verstehen. Wenn die Kommunalverwaltung hier nicht aktiv wird, wird der Bürgerhaushalt an Bedeutung verlieren, da in Städten mit einer halben Millionen Einwohner dann nur wenige Tausend an der Lösung der Probleme beteiligt sein werden (siehe Grafik 3, Beteiligung an den Abstimmungen für Projekte des Bürgerhaushalts 2019–2020, auf S. 13).

Im Jahr 2018 waren die Einwohner von Lwiw, Sumy und Ternopil am aktivsten. Dort waren dementsprechend 9,4 Prozent, 7,3 Prozent und 5,9 Prozent aller Einwohner an der Abstimmung für die Projekte beteiligt. Im Jahr 2019 änderten sich diese Indikatoren und Lwiw (14,3 Prozent), Dnipro (10,6 Prozent) und Tscherniwzi (8,4 Prozent) konnten die meisten Beteiligten vorweisen. Generell gibt es in den meisten Städten einen positiven Trend bei der Beteiligung an der Bildung des Bürgerhaushalts.

Sehr oft werden die Mittel aus dem Bürgerhaushalt jedoch dafür verwendet, um Ausgaben zu »decken«, die ohnehin von den lokalen Behörden finanziert werden müssten. Dies geht recht einfach bei einer niedrigen Beteiligung der Bürger an der Aufstellung des Bürgerhaushalts, für den die Finanzmittel bereits zugewiesen wurden. Auf diese Weise kann die Kommunalverwaltung ihre eigenen Projekte fördern, wobei die Illusion entsteht, dass es eine Demokratie mit Bürgerhaushalt gibt. Dies lässt sich anhand von Daten über Projekte nachvollziehen, für die die Stadtbevölkerung am häufigsten abgestimmt hat (siehe Grafik 4, Für welche Projekte und in welchen Bereichen die meisten Stadtbürger 2020 stimmten, auf S. 14).

Offensichtlich dominieren hier vier Bereiche: Bildung, Sport, Kommunalwirtschaft und Stadtentwicklung. Von allen Städten, die in die Analyse einbezogen worden sind, haben Bildungsprojekte in Kyjiw, Luzk, Lwiw, Riwe, Cherson, Chmelnyzkyj und Tscherniwzi Vorrang. Sport ist in Kropywnyzyj, Mykolajiw, Odesa, Sjewjerodonezk, Ternopil und Uschhorod am wichtigsten.

In Winnyzja, Dnipro, Saporischschja und Poltawa werden Projekte für Wohnkomfort am häufigsten gewählt. Für die Bürgerhaushalte von Kramatorsk und Tschernihiw haben Projekte im Bereich der Kommunalwirtschaft oberste Priorität.

Das sind alles Bereiche, für die allgemein die Kommunalverwaltungen verantwortlich sind. Die überwiegende Mehrheit dieser Projekte müsste daher aus völlig anderen Mitteln finanziert werden. Einerseits sind die konkreten Projekte zwar Ausdruck des Willens der Bürger, andererseits aber auch eine Übertragung der Verantwortung von der Kommunalverwaltung auf die Bürger. Dies ermöglicht in jedem Fall Manipulationen und verzerrt die Idee des Bürgerhaushalts. Zur Vermeidung dieser Entwicklung sollten die Städte die Qualität der eingereichten Projekte genauer prüfen und dabei diejenigen ausschließen, für die die lokalen Behörden direkt verantwortlich sind.

Grundsätzlich ist der Bürgerhaushalt ein effektiver Weg, um lokale Probleme in der Gesellschaft zu lösen. Dafür muss der Prozess, mit dem der Bürgerhaushalt umgesetzt wird, gut abgestimmt und demokratisch umgesetzt sein. Zunächst müssen immer mehr Bürger in den Entscheidungsprozess für den Bürgerhaushalt einbezogen werden, die die Verwendung der Mittel beeinflussen und kontrollieren können. Dies gilt sowohl für die Einreichung von Projekten als auch für die Abstimmung.

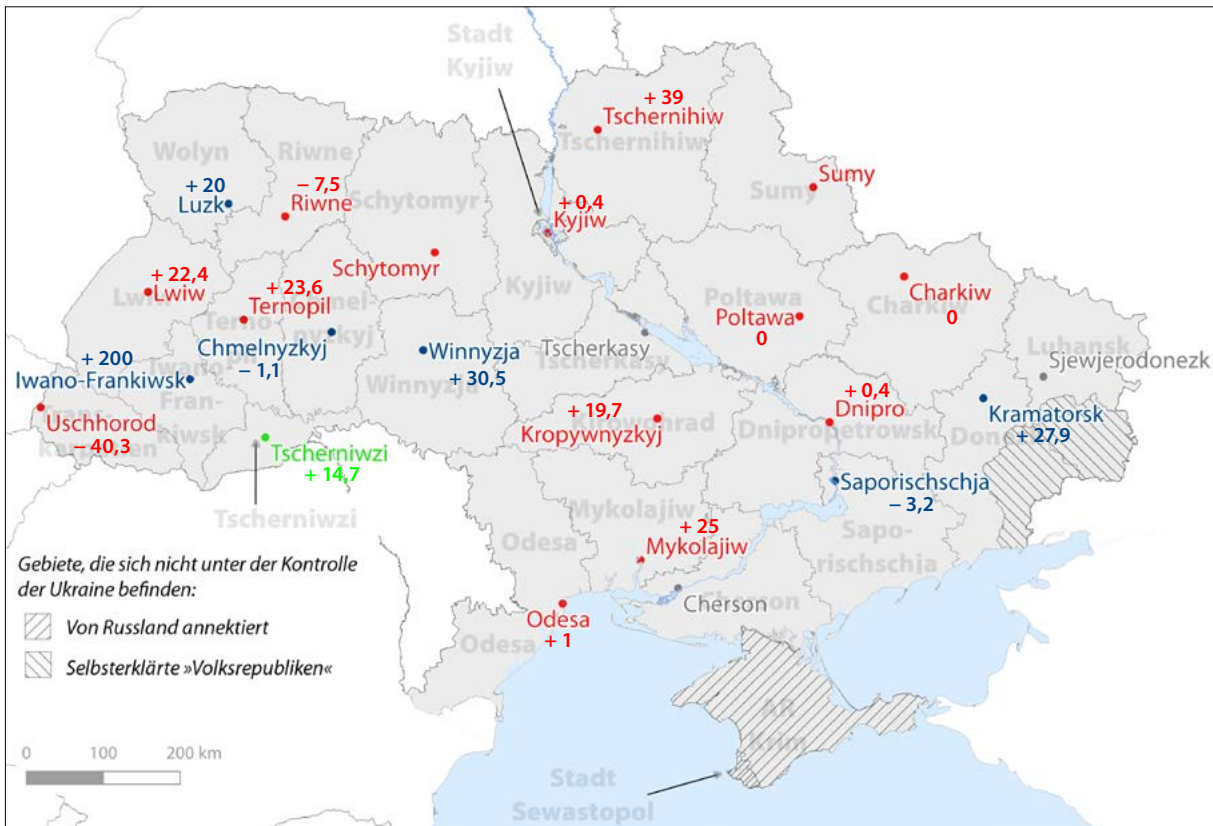
Außerdem sollten die Kommunalverwaltungen Projekte wirklich umsetzen und nicht »auf später« verschieben. Dies sollte durch die Bürger der Städte überwacht werden, deren Geld ausgegeben wird, und nicht nur durch die, die Projekte eingereicht haben. Schließlich sollten Entwürfe von Bürgerhaushalten keine Maßnahmen berücksichtigen, die in die direkte Zuständigkeit der Kommunalverwaltung fallen, wie zum Beispiel das Ersetzen von Fenstern in Schulen oder die Reparatur von Straßen und Stadien. Bei Projekten des Bürgerhaushalts müssen die Städte auch die Ideen und Ansichten der Bürger berücksichtigen. Dies gilt nicht nur für die Übernahme der Grundausgaben des lokalen Haushalts, sondern auch für die Stadtentwicklung insgesamt.

Übersetzung aus dem Ukrainischen von Lina Pleines

Über den Autor

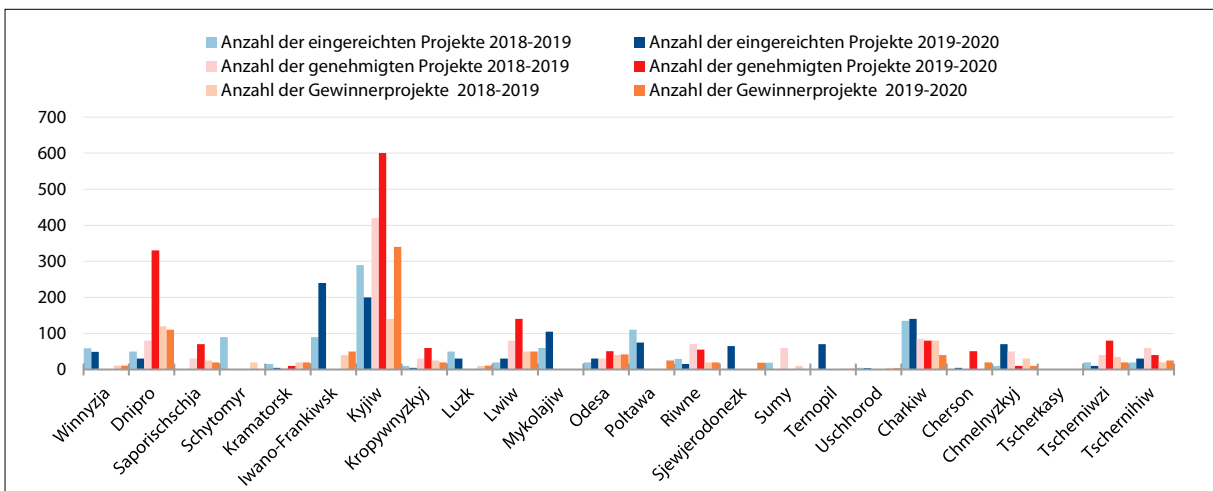
Kostjantyn Schokalo ist Analyst am Zentrum »United Actions« in Kyjiw. Dieser Beitrag wurde im Original auf der Internetseite des Zentrums veröffentlicht: <https://www.centreua.org/article/byudzhetnij-proces-vs-uchast-gromadyan-realiyi-gromadskih-byudzhetiv-u-mistah-ukrayini>.

Karte 1: Anteil des Bürgerhaushaltes an den städtischen Haushalten der Städte 2019–2020 *

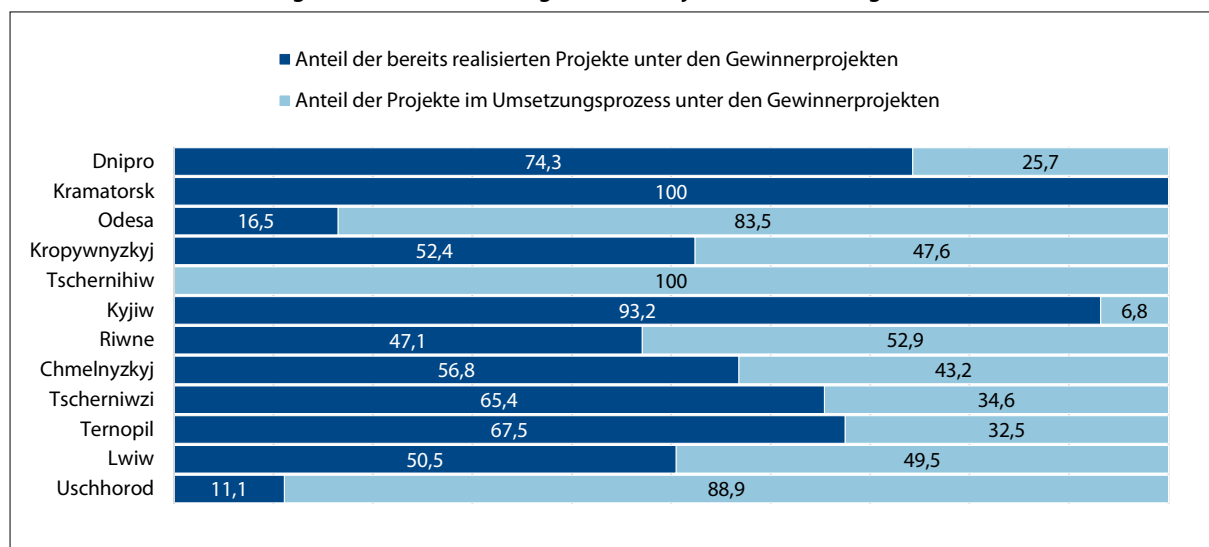


* Regionale Zentren, die in der Grafik nicht aufgeführt sind, haben entweder keine öffentlich zugänglichen statistischen Daten oder haben die Umsetzung der Projekte angehalten oder verschoben. Anteil des Bürgerhaushaltes an den Ausgaben des städtischen Haushaltes insgesamt für 2019: blau: <0,1%, rot: 0,2–0,4%, grün: 0,5–0,6%, grau: keine Daten; Zahlen ober- oder unterhalb von Städtenamen: Veränderung des Anteils des Bürgerhaushaltes 2020 im Vergleich zu 2019, %. Quelle: Schokalo, Kostjantyn: Бюджетний процес vs. участь громадян: реалії громадських бюджетів у містах України (Städtische Haushalte vs. Bürgerbeteiligung: die Realität der Bürgerhaushalte in den ukrainischen Städten), veröffentlicht am 11.09.2020 vom Zentrum »United Actions«; <https://www.centreua.org/article/byudzhetnij-proces-vs-uchast-gromadyan-realiyi-gromadskih-byudzhetiv-u-mistah-ukrayini> Karte erstellt von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen in QGIS mit Geodaten von <https://www.openstreetmap.org> und <https://geohack.toolforge.org>.

Grafik 1: Erfolgsquote der Bürgerprojekte in den Bürgerhaushalten der Städte 2019–2020 *

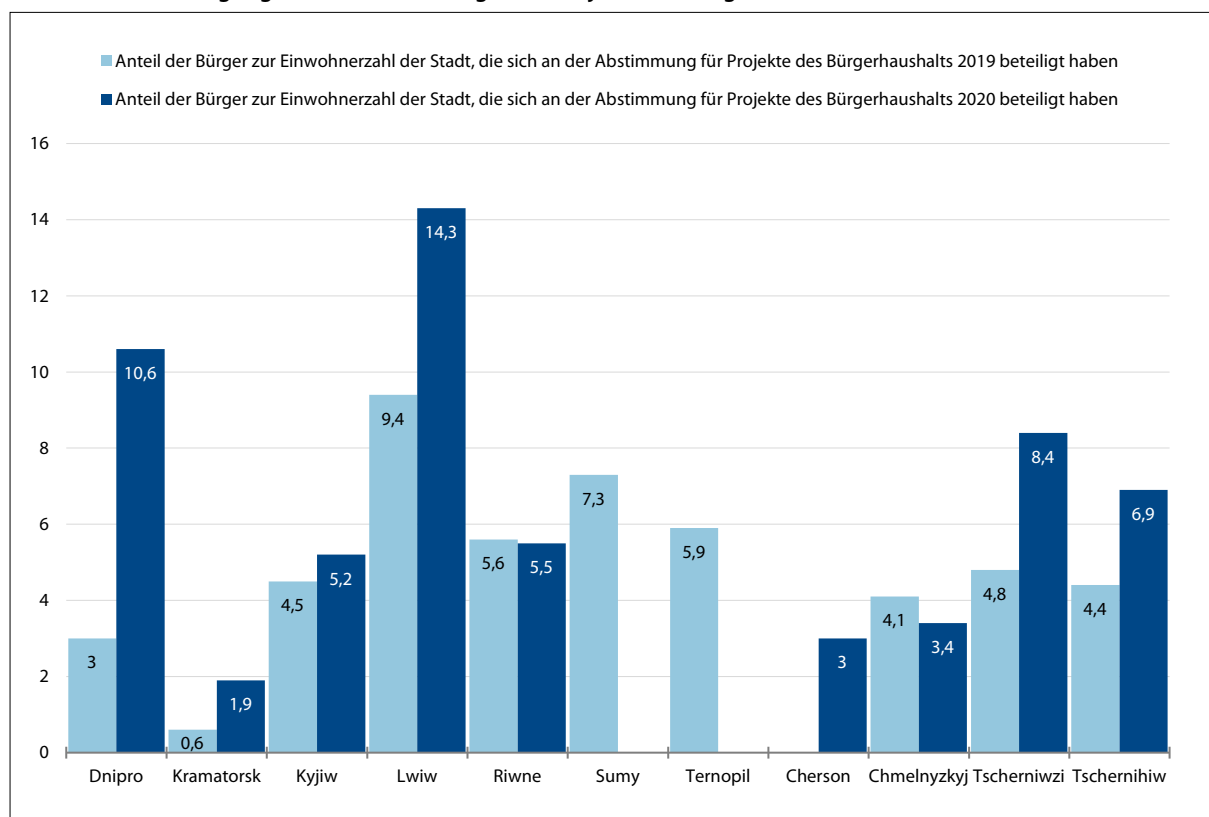


* Regionale Zentren, die in der Grafik nicht aufgeführt sind, haben entweder keine öffentlich zugänglichen statistischen Daten oder haben die Umsetzung der Projekte angehalten oder verschoben. Quelle: Schokalo, Kostjantyn: Бюджетний процес vs. участь громадян: реалії громадських бюджетів у містах України (Städtische Haushalte vs. Bürgerbeteiligung: die Realität der Bürgerhaushalte in den ukrainischen Städten), veröffentlicht am 11.09.2020 vom Zentrum »United Actions«; <https://www.centreua.org/article/byudzhetnij-proces-vs-uchast-gromadyan-realiyi-gromadskih-byudzhetiv-u-mistah-ukrayini>

Grafik 2: Anteil der umgesetzten und nicht umgesetzten Projekte aus dem Bürgerhaushalt 2019–2020, % *

* Regionale Zentren, die in der Grafik nicht aufgeführt sind, haben entweder keine öffentlich zugänglichen statistischen Daten oder haben die Umsetzung der Projekte angehalten oder verschoben.

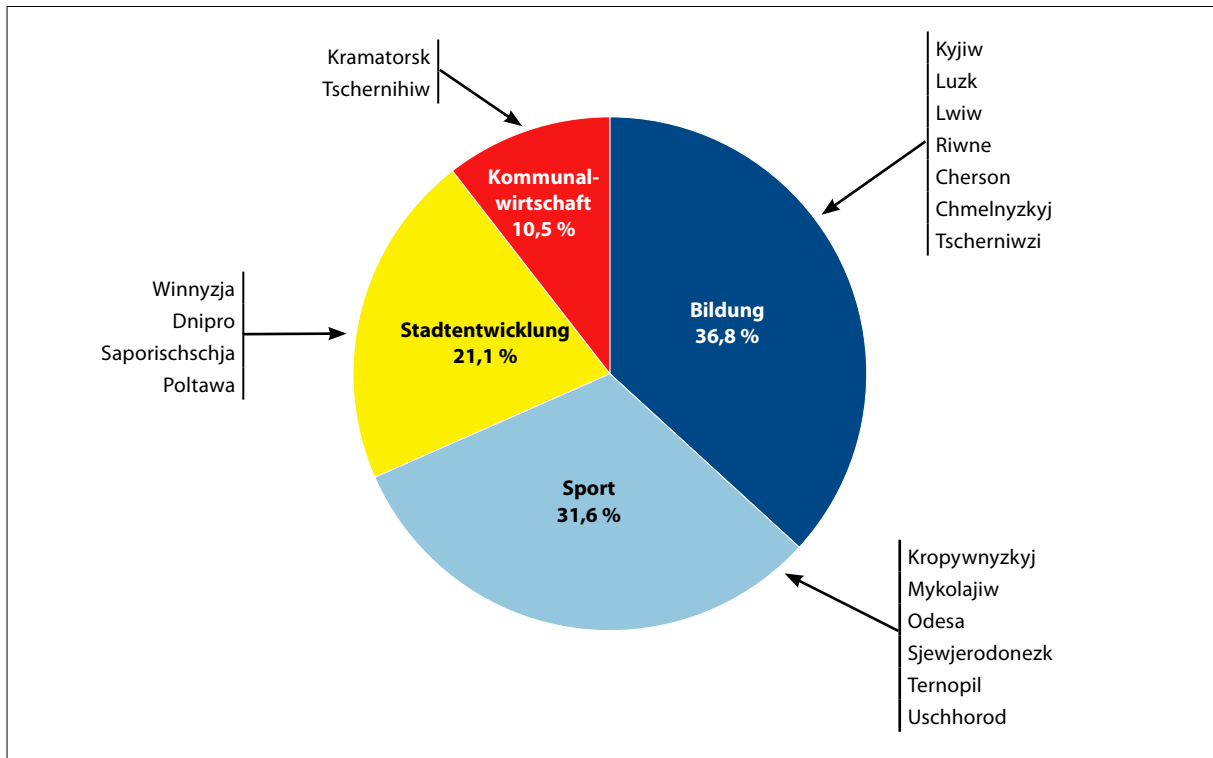
Quelle: Schokalo, Kostjantyn: Бюджетний процес vs. участь громадян: реалії громадських бюджетів у містах України (Städtische Haushalte vs. Bürgerbeteiligung: die Realität der Bürgerhaushalte in den ukrainischen Städten), veröffentlicht am 11.09.2020 vom Zentrum »United Actions«; <https://www.centreua.org/article/byudzhetnij-proces-vs-uchast-gromadyan-realiyi-gromadskih-byudzhetiv-u-mistah-ukrayini>

Grafik 3: Beteiligung an den Abstimmungen für Projekte des Bürgerhaushalts 2019–2020, % *

* Regionale Zentren, die in der Grafik nicht aufgeführt sind, haben entweder keine öffentlich zugänglichen statistischen Daten oder haben die Umsetzung der Projekte angehalten oder verschoben.

Quelle: Schokalo, Kostjantyn: Бюджетний процес vs. участь громадян: реалії громадських бюджетів у містах України (Städtische Haushalte vs. Bürgerbeteiligung: die Realität der Bürgerhaushalte in den ukrainischen Städten), veröffentlicht am 11.09.2020 vom Zentrum »United Actions«; <https://www.centreua.org/article/byudzhetnij-proces-vs-uchast-gromadyan-realiyi-gromadskih-byudzhetiv-u-mistah-ukrayini>

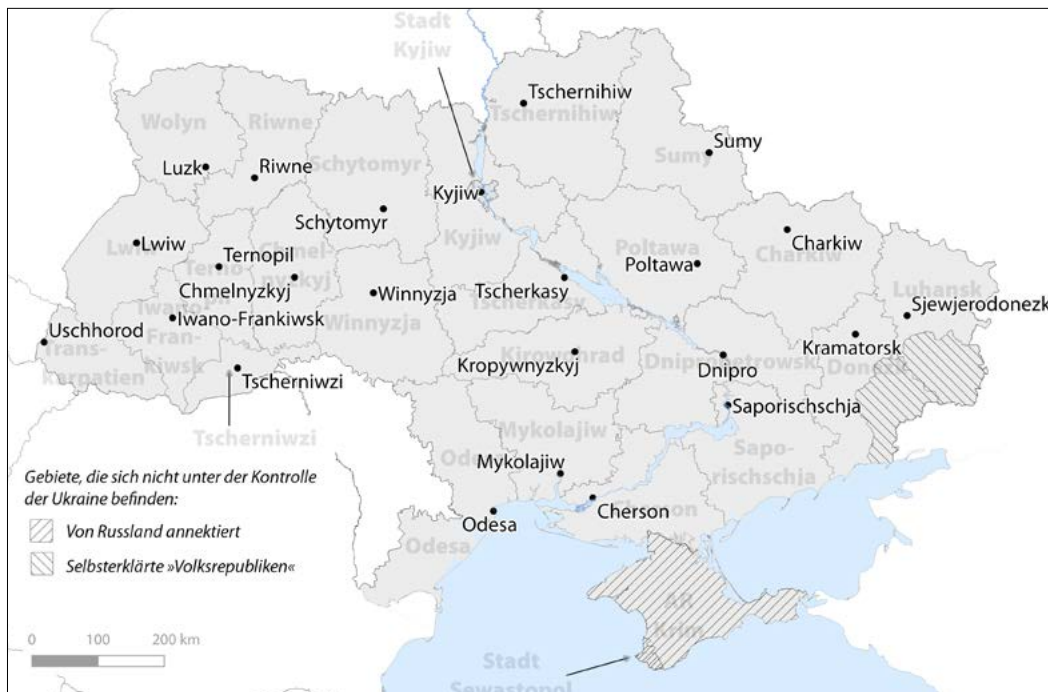
Grafik 4: Für welche Projekte und in welchen Bereichen die meisten Stadtbürger 2020 stimmten *



* Regionale Zentren, die in der Grafik nicht aufgeführt sind, haben entweder keine öffentlich zugänglichen statistischen Daten oder haben die Umsetzung der Projekte angehalten oder verschoben.

Quelle: Schokalo, Kostjantyn: Бюджетний процес vs. участь громадян: реалії громадських бюджетів у містах України (Städtische Haushalte vs. Bürgerbeteiligung: die Realität der Bürgerhaushalte in den ukrainischen Städten), veröffentlicht am 11.09.2020 vom Zentrum »United Actions«; <https://www.centreua.org/article/byudzhetnij-proces-vs-uchast-gromadyan-realiyi-gromadskih-byudzhetiw-u-mistah-ukrayini>

Karte 2: Die in den Grafiken 1 bis 4 und Tabelle 1 erwähnten Städte



Karte erstellt von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen in OGLS mit Geodaten von <https://www.openstreetmap.org> und <https://geohack.toolforge.org>.

Tabelle 1: Finanzierung des Bürgerhaushaltes aus den lokalen Budgets der Oblastzentren 2018 und 2019 (nach Politikbereichen), %

	Bildung		Soziale Sicherheit		Gesundheitswesen		Wohnungs- bau und öffentliche Einrichtun- gen		Transport- infrastruktur		Bürger- haushalt		Umwelt- schutz		Andere Politik- bereiche	
	2018	2019	2018	2019	2018	2019	2018	2019	2018	2019	2018*	2019	2018	2019	2018	2019
Charkiw	21,4	24,4	2,66	1,97	11,9	9,99	12,53	15,03	10,76	12,32		0,31	0,08	0,09	40,7	35,9
Kramatorsk	23,4	29,1	32,86	23,22	13,32	12,94	8,66	14,7	0,4	1,46		0,09	0,19	0,55	21,1	18
Odesa	23,8	23,7	17,27	14,77	13,73	12,07	17,18	14,96	4,96	6,34		0,4	0,13	0,11	23	27,6
Dnipro	23,8	25,2	1,9	8,1	11,04	9,49	17,76	18,01	9,53	9,3		0,21	0,28	0,25	35,7	29,4
Poltawa	24,1	30,1	3,49	2,33	13,48	8,88	10,81	12,6	6	7,88		0,31	0,01	0,02	24,1	37,9
Sumy	24,8	31,6	32,44	20,4	12,24	12,23	11,24	12,91	1,87	1,98		0,36	0,17	0,14	17,2	20,4
Lwiw	25	28,6	22,38	15,18	10,12	9	6,51	9,35	2,33	2,91		0,35	0,08	0,04	33,6	34,6
Tschernihiw	25,1	30,8	2,57	3,21	13,11	12,97	5,08	6,67	5,86	8,54		0,44	0,17	0,38	48,2	37
Winnyzja	25,2	27,6	23,24	14,73	10,45	8,09	10,18	15,77	5,69	5,65		0,12	0,08	0,09	25,2	28
Saporischschja	26	28,5	21,79	12,98	15,2	13,36	12,71	14,65	10,38	14,94		0,11	0,2	0,35	13,7	15,1
Kyjiw	27,8	28,4	15	13,3	17,36	18,38	6,28	6,2	17,51	15,28		0,24	0,21	0,26	15,9	17,9
Iwano-Frankiwsk	28,3	31,7	24,2	16,82	11,32	9,74	10,52	9,49	0,72	5,17		0,16	0,08	0,25	24,9	26,7
Tscherkasy	28,3	33,5	30,06	19,94	15,61	14,07	3,67	4,42	8,82	10,28			0,31	0,36	13,2	17,4
Mykolajiw	29,4	31,2	25,46	18,81	14,38	12,67	9,5	9,42	2,14	2,05		0,25	0,05	0,09	19,1	25,5
Sjewjerodonezk	30,5	28,1	30,47	17,21	24,25	25,67	5,67	5,3	3,06	6,84			0,01	0,03	6,1	16,9
Kropywnyzkyj	30,5	35,5	3,63	4,36	13,05	11,25	6,56	7,97	4,01	4,6		0,21	0,06	0,03	42,2	36,1
Riwne	32,1	37,5	27,68	20,95	14,24	13,85	10,64	9,16	1,23	1,98		0,39	0,03	0,07	14	16,1
Luzk	32,2	37,1	31,74	20,92	13,74	12,54	5,55	7,48	3,28	4,1		0,1	0,05	0,04	13,4	17,7
Chmelnyzkyj	32,6	37,3	28,37	21,02	12,74	12,34	6,11	7,35	4,62	5,17		0,06	0,03	0,03	15,5	16,8
Schytomyr	32,8	38,8	28,18	7,85	11,71	10,33	6,99	9,23	5,37	7,4		0,47	0,2	0,17	14,8	25,7
Tscherniwzi	33	39,8	26,44	18,8	13,15	11,23	5,06	4,96	5,33	9,31		0,51	0,05	0,09	17	15,6
Ternopil	34,5	37,5	27,9	19,55	11,68	10,16	11,59	12,89	0,67	0,58		0,43	0,02	0,02	13,7	18,8
Uschhorod	35,2	38,1	20,56	15,1	15,78	14,79	5,44	5,43	4,61	5,38		0,25	0,04	0,05	18,3	20,9
Cherson	37,2	44,1	16,57	18,54	14,63	11,8	5,66	7,23	2,85	3,91			0,06	0,09	23,1	14,3

* Für 2018 wurde der Bürgerhaushalt nicht als separater Politikbereich spezifiziert.

Quelle: Zentrum »United Actions«, Analytical Overview: Oblast centers on the eve of local elections, September 2020; <https://www.centreua.org/miscevi-vibori-2020>, Report abrufbar unter <https://storage.centreua.org/uploads/public/5f8/5c4/b85/5f85c4b8594e5862579048.pdf>

Die Lokalwahlen 2020 und ihre Bedeutung für Dezentralisierung und Konfliktlösung in der Ukraine

Maryna Rabinovych (Kyiv School of Economics, Kyjiw),
Olexandra Deineko (Nationale W.-N.-Karasin-Universität Charkiw, Charkiw)

Die Lokalwahlen von 2020, die am 25. Oktober in der Ukraine stattfanden, galten als Zerreißprobe für die Regierung und vor allem das Team um Präsident Selenskyj. Neben dem Umstand, dass die Regierung zeigen musste, dass sie inmitten der Pandemie sichere Wahlen organisieren konnte, hat dies zwei Gründe. Zum einen waren die Wahlen die ersten Lokalwahlen, nachdem eine ambitionierte Dezentralisierung fast vollständig umgesetzt worden war, die den Transfer zahlreicher neuer Kompetenzen und finanzieller Ressourcen an die Amalgamierten Territorialgemeinden (ATGs) mit sich gebracht hatte. Zum anderen bestand bis einen Monat vor den Wahlen noch die Hoffnung, diese auch in den derzeit nicht unter ukrainischer Kontrolle stehenden Territorien der Ostukraine abhalten zu können. Wegen des Stillstands bei den internationalen Friedensgesprächen im Rahmen des Minsker Prozesses erfüllte sich diese Hoffnung nicht.

Wie wirkten sich die Lokalwahlen auf die Dezentralisierung und die Lösung des Donbass-Konflikts aus? Die große öffentliche Aufmerksamkeit, die ihnen zuteil wurde, und die Größenordnungen der Wahlkampagnen zeigen, dass die Dezentralisierung unumkehrbar ist; der Fokus verschiebt sich vom Zentrum auf die Lokalpolitik. Üblicherweise wird davon ausgegangen, dass erweiterte Kompetenzen lokaler Behörden die Lokalpolitik stärken und zur Konfliktlösung beitragen. In der Ukraine könnten einige Besonderheiten bewirken, dass hier eine gegenläufige Tendenz stattfindet.

Idealerweise bewirkt Dezentralisierung eher eine Machtumverteilung als eine Schwächung der Zentralmacht. Eine solche Schwächung findet in der Ukraine derzeit allerdings offensichtlich statt. Laut den Ergebnissen von Befragungen am Wahltag wurde keiner der von der Pro-Präsidenten-Partei *Diener des Volkes* vorgeschlagenen Kandidaten zum Bürgermeister gewählt. Stattdessen behalten die amtierenden Bürgermeister der großen Städte Kyjiw, Odessa, Dnipro, Charkiw und Lwiw ihre Ämter wohl, während diese Großstädte in den Medien immer öfter als »Königreiche« oder »Pfründe« der Bürgermeister bezeichnet werden. Besonders deutlich wurde die wachsende Bereitschaft der Bürgermeister zur Opposition gegen die Zentralregierung bisher an deren Umgang mit der Corona-Pandemie: Viele Bürgermeister – auch kleinerer Städte wie Tscherkasy oder Poltawa – widersetzten sich mit Zustimmung ihrer Wählerschaft geltenden Quarantäne-Vorschriften, wobei

keiner dieser Fälle vor Gericht kam. In vielen Oblasten bekamen die Parteien der amtierenden Bürgermeister – etwa die *Ukrainische Demokratische Allianz für Reformen UDAR*, angeführt von Kyjiws Bürgermeister Witalij Klitschko, oder der Kernes-Block *Erfolgreiches Charkiw*, angeführt von Charkiws Bürgermeister *Hennadiy Kernes* – außerdem auf Oblast- und lokaler Ebene mehr Stimmen als landesweit vertretene Parteien. Diese regionale Polarisierung von politischen Präferenzen verstärkt das Konfliktpotential zwischen Zentrum und Peripherie. Bedrohlich ist dabei der starke Zulauf, den prorussische Parteien erhalten, denn er könnte zu einer Wiederbelebung separatistischer und revanchistischer Bewegungen in der Südostukraine führen. So erhielt beispielsweise die Partei *Oppositionsplattform Für das Leben* in Mariupol 30,69 Prozent, in Odesa 22,38 Prozent und in Charkiw 16,99 Prozent der Wählerstimmen. Die ebenfalls im Aufstieg begriffene Partei von Anatolij Schariy bekam in Odesa, Charkiw und Mykolajiw jeweils sechs bis sieben Prozent der Stimmen. Solche Bewegungen lassen sich nicht ausschließlich mit der vielfach geäußerten Desillusionierung in Bezug auf die Pro-Maidan-Bewegung und mit prorussischen Gefühlen begründen.

Entscheidend ist dabei auch der Entwurf für den Staatshaushalt 2021 vom 14. September. Durch das Zusammentreffen von Corona-Krise und wirtschaftlichem Abschwung unter wesentlich erschwerten Bedingungen zustande gekommen, enthält er keine Subventionen zur Unterstützung der sozioökonomischen Entwicklung in den ATGs (nach den coronabedingten Veränderungen waren dafür 1,7 Milliarden UAH für 2020 eingeplant). Auch für die Infrastruktur in den ATGs sind keine Subventionen eingeplant (ursprünglich waren für 2020 rund 2,1 Milliarden UAH vorgesehen, wegen der Corona-Maßnahmen wurden sie komplett gestrichen). Der Haushaltsentwurf für 2021 sieht zwar andere Subventionen vor (etwa für Bildung, Maßnahmen gegen Covid-19 und kommunale Gesundheitseinrichtungen), die für die sozioökonomische und infrastrukturelle Entwicklung fehlenden Subventionen werden in den ATGs allerdings als Schwächung der Dezentralisierungsgrundlage wahrgenommen. In Bezug auf die zur Verfügung stehenden Subventionen haben die ATGs auf unklare Mechanismen für deren Verteilung hingewiesen – und damit ein weiteres Mal ein Konfliktpotential zwischen ATGs untereinander

sowie zwischen verschiedenen Regierungsebenen aufgezeigt (ATGs, Oblasten und Zentrum).

Diese Punkte könnten den Eindruck erwecken, die Lokalwahlen 2020 hätten sich ausschließlich negativ auf die Konfliktlösung ausgewirkt. Zumindest drei Faktoren geben jedoch auch für vorsichtigen Optimismus Anlass. Erstens: Politische Polarisierung gilt gemeinhin als Auslöser für politische Konflikte. Im Fall der Lokalwahlen 2020 zeigen die Führungspositionen, die unterschiedliche politische Parteien in verschiedenen Teilen der Ukraine einnehmen, jedoch eher, dass die Wahlen tatsächlich frei sind und dass sich das Zentrum nicht in die Lokalpolitik einmischt. Dies ist zweifellos ein wichtiges Signal an die Bevölkerung der nicht unter ukrainischer Kontrolle stehenden Gebiete, das ihr Vertrauen in die Zentralregierung stärken und ihre Haltung in Bezug auf eine Wiedereingliederung in die Ukraine verändern könnte. Zweitens zeigt ein Blick auf die von Selenskyj initiierte Volksbefragung mit zwei direkt auf den Donbas bezogene Fragen, dass die Lösung des Konflikts in der Ostukraine von entscheidender Bedeutung für den Präsidentendiskurs ist. Außerdem zeigen die Ergebnisse der Befragung, dass die Schaffung einer

Sonderwirtschaftszone im Donbass – wie auch immer deren territoriale Ausmaße und rechtliche Konstruktion aussähen – bei der Bevölkerung in den von der Ukraine kontrollierten Landesteilen höchst umstritten ist. Wirtschaftliche (Wieder-)Eingliederung wird langfristig jedoch mehr bringen als die regelmäßig vor dem Stillstand stehenden und hochgradig politisierten Friedensgespräche. Und letzten Endes könnte der Ukraine das Budapester Memorandum über Sicherheitsgarantien von 1994, auf das die Selenskyj-Befragung hinweist, als vergessene Sicherheitsgarantie der Ukraine in politischen und Sicherheitsfragen zum Vorteil gereichen.

Insgesamt kann festgehalten werden, dass die Lokalwahlen 2020 zur Konsolidierung der neuen Realität der Dezentralisierung beigetragen haben und in Bezug auf den Konflikt zwei Trends verdeutlichen: Polarisierung und Konfliktpotential wachsen angesichts der Corona-Herausforderung stark an, die Regierung sucht in dieser Lage allerdings auch nach neuen Wegen, um den Stillstand bei den Minsker Gesprächen zu überwinden und den Donbas wieder zu integrieren.

Übersetzung aus dem Englischen von Sophie Hellgardt

Dieser Text entstand mit Unterstützung des Norwegischen Forschungsrats im Rahmen des Projekts Accommodating Regional Diversity in Ukraine (ARDU) der Oslo Metropolitan University. Weitere Informationen über das Projekt finden sich hier: <https://uni.oslomet.no/ardu/>.

Über die Autorinnen

Dr. *Maryna Rabinovych* ist Lehrbeauftragte im Bereich Public Policy and Governance der Kyiv School of Economics (KSE). Sie hat einen PhD in Legal Studies und einen Master of Laws in European and European Legal Studies der Universität Hamburg. Zu ihren Forschungsinteressen gehören die EU-Außenbeziehungen und ihre rechtliche Regulierung, die Nachbarschaftspolitik der EU, die EU-Ukraine-Beziehungen sowie die aktuellen politischen und rechtlichen Entwicklungen in der Ukraine (mit Fokus auf Dezentralisierung und regionaler Diversität).

Oleksandra Deineko ist Lehrbeauftragte für Soziologie an der Nationalen W.-N.-Karasin-Universität Charkiw. Sie promovierte in Soziologie (*kandidat nauk*) an der Nationalen W.-N.-Karasin-Universität Charkiw und hat einen Master of Laws von der Nationalen Jaroslaw-Mudryi-Universität. Außerdem ist sie Vorstandsmitglied und Co-Vorsitzende der Nachwuchsabteilung der Soziologischen Gesellschaft der Ukraine. Zu ihren Forschungsinteressen zählen post-sozialistische Transformationen, soziokulturelle Erfahrungen im Zusammenhang der Reformen, Dezentralisierung, Grenzstudien, soziale Kohäsion, der Komplex Risiko, Jugend und Werte und die Rechtssoziologie.

Lesetipps

- Esteban, J., Schneider, G. (2008). Polarization and Conflict: Theoretical and Empirical Issues. *Journal of Peace Research* 45(2), S. 131–141.
- Goncharenko, R. (05.12.2014). Ukraine's Forgotten Security Guarantee: The Budapest Memorandum. <https://www.dw.com/en/ukraines-forgotten-security-guarantee-the-budapest-memorandum/a-18111097>.
- OTG Association (25.9.2020). Budget Process-2021: Association of ATCs presented its position as to the draft State Budget for the next budget period in the Budget Committee. <https://hromady.org/%D0%B1%D1%8E%D0%B4%D0%B6%D0%B5%D1%82%D0%BD%D0%B8%D0%B9-%D0%BF%D1%80%D0%BE%D1%86%D0%B5%D1%81-2021-%D0%B0%D1%81%D0%BE%D1%86%D1%96%D0%B0%D1%86%D1%96%D1%8F-%D0%BE%D1%82%D0%B3-%D0%BF%D1%80%D0%B5%D0%B4/>.
- Rabinovych, M., Shelest, H. (2020). Introduction: Regional Diversity, Decentralization, and Conflict in and around Ukraine. In: H. Shelest and M. Rabinovych (Hrsg.) *Decentralization, Regional Diversity, and Conflict. The Case of Ukraine*. Basingstocke: Palgrave McMillan.
- Verkhovna Rada of Ukraine (2020). Draft Law of Ukraine »On State Budget of Ukraine for the Year 2021«. https://w1.c1.rada.gov.ua/pls/zweb2/webproc4_1?pf3511=69938.

Zwischen korporativen Interessen und neuen Inseln der Veränderung – Lokalwahlen im Donbas 2020

Samuel Goda (University of Economics in Bratislava),
Wilfried Jilge (DGAP, Berlin),
Valerij Novikov (Luhansk Oblast Centre »Alternative«, Kyjiw)

Die ukrainischen Lokalwahlen vom 25. Oktober 2020 bilden einen wichtigen Schritt auf dem Weg zu einer echten lokalen Selbstverwaltung im Sinne der von der Ukraine im Jahr 1997 ratifizierten Europäischen Charta der kommunalen Selbstverwaltung. Mit den durch die Wahlen etablierten Organen der kommunalen Selbstverwaltung sind neu gebildete, leistungsstarke Gemeinden entstanden, die durch die Reform deutlich mehr Vollmachten und Zuwendungen für eigene Aufgaben erhalten. Reformorientierte zivilgesellschaftliche Aktivistinnen und Aktivisten sowie Politikerinnen und Politiker erhoffen sich von der Dezentralisierung u. a. Impulse für eine Demokratisierung »von unten« und – für die Region des Donbas besonders wichtig – einen Beitrag zur Überwindung oligarchisch-klientelistischer Strukturen.

Eine weitere Besonderheit dieser Wahlen war die Anwendung eines neuen Wahlrechts, das auch die Wählerinnen und Wähler vor Herausforderungen stellte. Kern der Neuerungen bildete die Einführung eines Verhältniswahlrechts mit offenen Parteilisten bereits in Gemeinden mit 10 000 und mehr Einwohnerinnen und Einwohnern, womit in diesen Gemeinden die Möglichkeit einer Selbstaufstellung und Wahl von unabhängigen Kandidatinnen und Kandidaten ausgeschlossen und den Parteien eine zentrale Rolle zugewiesen wurde. Diese »Parteiopolitisierung« der kurzfristig, d. h. nur wenige Monate vor dem Wahltag beschlossenen Wahlgesetzgebung war auch deswegen problematisch, weil in der Ukraine Parteien auf lokaler Ebene bis auf wenige Ausnahmen kaum über solide Strukturen verfügen. In den von der ukrainischen Regierung kontrollierten Gebieten des Donbas (kurz: RKG des Donbas) begünstigte dies die in der Region gut verankerten Nachfolgeparteien der ehemaligen regionalen Machtpartei der Partei der Regionen (*Partija rehioniu/PR*). Diese konnten die mit der Stärkung der Rolle der Parteien verbundene Ideologisierung besser nutzen als die Konkurrenz. Dank ihrer massiven ökonomischen Ressourcen sowie ihrer lokalen und landesweiten Medienmacht konnten sie erfolgreich ihre Wählerschaft mobilisieren, indem sie nationale Themen bespielten (z. B. allgemeine Forderungen nach Frieden, Wiederherstellung der Beziehungen zu Russland und Propagierung antiwestlicher Stereotypen), die mit der Entwicklung

der Gemeinden im Rahmen der lokalen Selbstverwaltung kaum etwas zu tun hatten.

Gemäß den Berichten der Wahlbeobachtungsorganisationen »Komitee der Wähler der Ukraine« und »OPORA« entsprach die Wahl am Tag der Abstimmung den Standards freier und demokratischer Wahlen. Sowohl landesweit als auch in den RKG-Teilen des Donbas fand ein intensiver politischer Wettbewerb statt. In Bezug auf die RKG des Donbas wird das Bild jedoch durch die Entscheidung der Zentralen Wahlkommission (ZWK) vom 8.8.2020 über die Unmöglichkeit der Durchführung von Wahlen in 18 Gemeinden in den RKG der Gebiete Donezk und Luhansk getrübt. Hauptgrund für die ZWK war die aufgrund des russisch-ukrainischen Konfliktes nicht ausreichend gewährleistete Sicherheit in den betroffenen Gebieten. Der massive Eingriff in die verfassungsmäßigen Rechte von etwa 500 000 betroffenen Wahlberechtigten war äußerst problematisch, da der Entscheidung weder ein transparenter Entscheidungsprozess noch eine nachvollziehbare Begründung zugrunde lagen. Ebenso fehlte es an einem Katalog klar definierter Kriterien, auf dessen Grundlage eine begründete Beurteilung der Sicherheitslage hätte vorgenommen werden können. Kaum nachvollziehbar war die Nichtdurchführung von Wahlen in den größten Städten der RKG des Gebiets Luhansk, Lysytschansk und Sewerodonezk. Dort wurden in einer weitaus schlechteren Sicherheitslage die Lokalwahlen 2015 und sämtliche nationalen Wahlen nach der Maidan-Revolution problemlos durchgeführt.

Bei der Entscheidung stützte sich die ZWK vor allem auf die Schlussfolgerungen des vom Präsidenten ernannten Chefs der Militärisch-zivilen Administration (WZA) der Gebiete Luhansk und Donezk, obwohl die ZWK weder über Kompetenzen noch Ressourcen verfügt, die Schlussfolgerungen der WZA zu verifizieren. Der WZA wurden damit in einer Schlüsselfrage kaum begrenzte Vollmachten eingeräumt, ohne dass sie formal die Verantwortung für entsprechende Entscheidungen trägt. Damit besteht die Gefahr, dass der Zentralmacht politische Motive unterstellt werden. Es ist völlig verständlich, dass unter Bedingungen eines andauernden Konflikts der Sicherheit in den Gemeinden der Frontgebiete große Bedeutung beigemessen wird. Die Aussetzung des Wahlrechts erfordert jedoch eine transpa-

rente Begründung und intensive Kommunikation mit den Bürgerinnen und Bürgern, wenn deren Vertrauen in die staatlichen Institutionen nicht untergraben werden soll. Nachvollziehbar ist auch die Sorge, dass Erfolge der prorussischen Parteien in frontnahen Gebieten das Aktionsfeld des Kremls für hybride Attacken zur Destabilisierung der Ukraine erweitern. Wahlerfolge nicht genehmer oppositioneller Kräfte können aber kein Grund für die Aussetzung des Wahlrechts sein. Zumal der Wahlkampf zeigte, dass der Effekt einer solchen Maßnahme zweifelhaft ist: Die prorussische Oppositionsplattform nutzte die umstrittene Entscheidung der ZWK, um ihre antiukrainische Propaganda zusätzlich zu unterfeuern, wonach der angeblich gescheiterte Staat (*failed state*) Ukraine noch nicht einmal Wahlen in den von ihm kontrollierten Gebieten gewährleisten könne. Mittel- bis langfristig bremsen die mit der Aussetzung von Wahlen einhergehende Einführung einer militärisch-zivilen Verwaltung in den betroffenen Gemeinden die durch die lokale Selbstverwaltung angestoßene Demokratisierung, darunter Aktivitäten und Initiativen der Bürgerinnen und Bürger, das Entstehen alternativer politischer Kräfte sowie die Kontrolle der lokalen Autoritäten durch die Bürgerinnen und Bürger. So werden für die Region charakteristische paternalistische Verhaltensweisen zementiert.

Die Wahlbeteiligung war in der ganzen Ukraine ausgesprochen niedrig (36,88 %) und lag etwa 10 % unter dem Wert von 2015 (46,5 %). Dies gilt insbesondere für von der Ukraine kontrollierte Teile des Donbas, wo die Wahlbeteiligung erstmals niedriger war als in der Westukraine, die diesmal die höchsten Werte zu verzeichnen hatte. Das Gebiet Donezk erzielte mit 31,67 % den landesweiten Negativrekord (Gebiet Luhansk: 38,12 %), was besonders ins Gewicht fällt, da die Zahl der Wahlberechtigten im Gebiet Donezk um ein Mehrfaches über der Zahl im Gebiet Luhansk liegt.

Die niedrige Wahlbeteiligung lässt sich sicher auch durch landesweit beobachtete Faktoren, wie z. B. die Sorge um die eigene Gesundheit aufgrund der Coronapandemie, erklären. In den RKG des Donbas spielte aber eine Rolle, dass ein bedeutender Teil der Wählerschaft von der Politik des Präsidenten Selenskyj und der weitgehend mit ihm identifizierten Regierungspartei *Diener des Volkes* (*Sluha Narodu*, kurz: SN) besonders enttäuscht war, zumal hier die Erwartungen in den Präsidenten und die neue Partei auch im Landesvergleich außergewöhnlich hoch waren: Bei der Parlamentswahl 2019 erreichte SN in den RKG des Donbas gute Wahlergebnisse und konnte in einzelnen Wahlkreisen sogar stärkste Kraft vor den traditionell starken Nachfolgeparteien der PR werden. Vieles spricht dafür, dass ein Teil dieser ehemaligen SN-Wählerschaft der Wahl fernblieb, da sie die alten Klans nicht mehr wollte, SN aber

am Wahltag schon keine wählbare Alternative mehr darstellte. Begünstigt wurden solche Tendenzen durch das Versäumnis der SN-Parteiführung, rechtzeitig Organisationsstrukturen aufzubauen und attraktive Kandidaten zu präsentieren.

Gleichzeitig hat sich SN selbst in den Augen der Wählerinnen und Wähler disqualifiziert, indem die Partei fragwürdige Absprachen mit den Nachfolgeparteien der PR traf und somit selbst den Klientelismus praktizierte, dessen ein Teil der Wähler überdrüssig war. In der wichtigen Stadt Rubischne (Gebiet Luhansk) beispielsweise landeten Mitglieder des Managements der Firma *Sorja*, die von Jurij Bojko, einem der Parteiführer der prorussischen Oppositionsplattform – Für das Leben (*Oppozitsionnaja Platforma – Sa Schisn*, kurz OPSSch) kontrolliert wird, auf der Liste von SN. Der von SN aufgestellte Kandidat für das Bürgermeisteramt gehörte ebenfalls zum Management von *Sorja*. Offensichtlich versuchte Bojko – einer der »grauen Kardinäle« in der Region – mittels der »Marke« SN von ihm kontrollierte Kandidaten in den Gemeinderat zu bringen und so seinen Einfluss in der Stadt zusätzlich zu festigen. Schließlich wurde das Nichtwählen von einem defizitären Pluralismus in der Region begünstigt: Strukturen alternativer proeuropäischer Parteien sind an vielen Orten des Donbas noch schwach entwickelt, was sich wiederum zugunsten traditioneller Parteien lokaler »Feudalherren« auswirkt. Zugleich ist die Wahl von unabhängigen Kandidatinnen und Kandidaten in Gemeinden mit 10 000 oder mehr Einwohnerinnen und Einwohnern versperrt. Vielen Wählerinnen und Wähler glaubten daher, keine Wahl zu haben und blieben am Tag der Abstimmung daheim.

Nach bisher vorliegenden (teilweise vorläufigen) Wahlergebnissen konnte die wichtigste prorussische Partei OPSSch, die u. a. von Juri Bojko und dem wichtigsten prorussischen Politiker und engen Freund Putins Wiktor Medwedtschuk geführt wird, nicht den überwältigenden Sieg erringen, den sich die Parteiführung und der Kreml erhofft hatten. Die OPSSch konnte bei weitem nicht in allen Gemeinderäten die Mehrheit erringen und in vielen Gemeinden nicht den Bürgermeister stellen. Gleichwohl erreichte die Partei sehr solide Resultate, die ihr auch künftig einen großen Einfluss in der Region garantieren. Beispielsweise stellt sie sechs der 19 (von denen 17 gewählt sind) in den Städten zu wählenden Bürgermeisterinnen und Bürgermeister und hat noch die Chance, sich mit ihrem Kandidaten in der wichtigen Stadt Slowjansk in der Stichwahl durchzusetzen. Noch besser sieht es in den vier Städten des Gebiets Luhansk aus: Hier gewannen zwei Kandidaten des OPSSch, während eine gewählte Bürgermeisterin unter Einfluss regionaler »Kuratoren« der Partei steht. In Rubischne schließlich gewann der von der Partei *Unser*

Land (Nasch Kraj) aufgestellte Amtsinhaber, der noch unlängst Mitglied der OPSSch (und davor der PR) war. Bemerkenswert ist, dass mit den Bürgermeistern in Kreminna und Rubischne Kandidaten gewählt wurden, die laut ukrainischen Journalistinnen und Journalisten und Expertinnen und Experten während des »Russischen Frühlings« offen mit der »Russischen Welt« sympathisiert und mit den Separatisten kooperiert haben sollen.

Die *Partei Scharij (Partija Scharij/PS)* des Bloggers Anatolij Scharij konnte laut der bisher vorliegenden Ergebnisse in die Stadträte von Mariupol und Kramatorsk (Gebiet Donezk) einziehen. Die PS ist weniger Partei als vielmehr eine Ein-Mann-Show Scharijs. Scharij reproduziert in seinen Blogs antiukrainische oder gegen den ukrainischen Staat gerichtete Propaganda des Kremls oder prorussischer Ideologen der »Russischen Welt« in der Ukraine (z. B. Herabsetzung der Westukrainer als »Mischlinge« und nicht vollwertige Ukrainer). Seine Partei kann nur dank der Unterstützung des prorussischen Medienimperiums von Wiktor Medwedtschuk existieren, der die PS einmal als »ideologischen Bündnispartner« der OPSSch bezeichnete. Der OPSSch dient die PS gleichsam als Ansprechpartner für den Teil junger Leute, die mit der Situation in der Ukraine unzufrieden sind, aber nicht offen prorussisch eingestellt oder direkte Anhänger des OPSSch sind.

Auch wenn die OPSSch nicht triumphierte, konnten die örtlichen »Feudalherren«, die aus dem Erbe der PR und den mit ihr verbundenen korporativen Interessengruppen hervorgingen, ihren Einfluss in der Region festigen. Die Grundlage von Macht und Einfluss dieser »Feudalherren« bilden die intransparente Verquickung von ökonomischer und politischer Macht sowie klientelistische, häufig korruptionsanfällige informelle Praktiken, mit denen Institutionen und Regeln unterlaufen werden. Repräsentiert werden sie nicht nur vom OPSSch, sondern auch vom ersten Erbfolger der PR, dem *Oppositionsblock (Oppozitionnyj Blok, kurz OB)*, von dem sich 2018 die OPSSch abspaltete. Der OB steht u. a. unter dem Einfluss des national bedeutendsten Oligarchen Rinat Achmetow und seines Geschäftspartners Wadim Nowinskyj.

Zum Erbe der PR kann man mit Einschränkungen auch die Partei *Unser Land* zählen, die vor allem im Gebiet Luhansk gute Wahlergebnisse erzielte. *Unser Land* ist weniger Partei als eine Gruppe um den aus der Region Luhansk stammenden Populisten Serhij Schachow, der durch virtuoson Einsatz von Wählerkauf Berühmtheit erlangte. Er konkurriert zwar mit Juri Bojko um Einfluss in der Region; gleichwohl erweisen sich Schachow und seine Leute aber als Produkte der von der PR über Jahre geprägten Kultur.

Und schließlich zählen zum Erbe der PR lokale Parteiprojekte, die den »örtlichen Fürsten« und ihrer Entou-

rage den Einzug in die Gemeinderäte oder die Wahl zum Bürgermeister ebnen sollen. Ein Beispiel ist die bei diesen Wahlen ausgesprochen erfolgreiche Partei *Ordnung (Porjadok)*, die in sieben Stadträten des Gebiets Donezk (davon in zwei Räten mit Sitzmehrheit) vertreten ist und drei Bürgermeister stellt. Ein anderes Beispiel ist die *Partei des Friedens und der Entwicklung (Partija Mira ta Roswytku/PMR)*, die nach bisherigen Angaben in mindestens zwei Stadträten vertreten ist und in der faktischen Hauptstadt des regierungskontrollierten Gebiets Donezk die Verquickung von ökonomischer und politischer Macht der »Korporation« verkörpert: Sämtliche Abgeordnete der Fraktion sind Mitarbeiter der ortsansässigen *Neuen Maschinenfabrik Kramatorsk (Nowokramatorskyj Maschinobudivnyj Sawod/NKMS)*. Die Parteien *Ordnung* und PMR gehören zum Orbit Rinat Achmetows und Wadym Nowinskyjs. Die politische Bedeutung von »gemeindekonstituierenden Fabriken« in der Region unterstreicht neben der PMR auch die Partei des Bürgermeisters von Mariupol. Einzelne Abgeordnete des *Blocks Wadym Bojtschenko* rekrutieren sich u. a. aus Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ortsansässiger Firmen Rinat Achmetows. Der wiedergewählte Bojtschenko war selbst Topmanager des zu Achmetows Firmenimperium zählenden *Metallurgiekombinats Iljitsch*.

Parteiprojekte wie *Ordnung* oder *Frieden und Entwicklung* imitieren Pluralismus, aber tatsächlich erweisen sie sich als Hüllen für »Feudalherren« aus dem Orbit des OB bzw. Rinat Achmetows oder Wadym Nowinskyjs. Sie sind auch Ergebnis eines Parteien-Franchising, dass durch die wahlgesetzliche Stärkung der Parteien auf unterster lokaler Ebene und Mängel im Gesetz über politische Parteien gefördert bzw. ermöglicht wird. Bürgerinnen und Bürgern war es praktisch kaum möglich, rechtzeitig vor der Wahl eine Partei zu gründen. Als Ausweg blieb die Erwerbung des *Brands* einer bereits registrierten Partei, die dann entsprechend umbenannt wird. Möglich ist das aber meist nur mit Geld und Beziehungen.

Die Kandidaten der oben genannten Nachfolgeparteien der PR setzten sich in der deutlichen Mehrheit der Städte des Donbas durch. Die Wahlen waren daher eine Bestätigung der anhaltenden Nachwirkung des Erbes der PR in der Region, wenn man die oben genannten Projekte zusammennimmt. Ungeachtet der Verflechtung ihrer Geschäftsinteressen muss man diese Parteien derzeit jedoch als eigenständige Akteure begreifen, die heute in einem scharfen Konkurrenzkampf stehen und um politische Macht und Kontrolle über finanzielle Ressourcen in der Region rivalisieren. Ihr Zusammenschluss ist nicht ausgeschlossen, wenn ihre Parteiführer darin eine Notwendigkeit sehen, um ihre Macht zu wahren. Die ideologischen Barrieren sind nicht hoch

und ihre »Feudalherren« unterscheiden sich hinsichtlich ihrer politischen und ökonomischen Praktiken kaum. Beispielsweise unterscheiden sich die OPSSch und der OB nicht prinzipiell in ihrer Deutung des Konflikts mit Russland und der Minsker Vereinbarungen, auch wenn Repräsentanten des OB pragmatischer auftreten und sich als loyal zum Staat geben.

Trotz der oben aufgezeigten strukturellen Kontinuitäten zeigten die Lokalwahlen unter Teilen der Bevölkerung der Region einen wachsenden Wunsch nach Veränderung. In mittleren und kleineren Städten und sowie Siedlungsgemeinden und Dörfern konnten proeuropäische Parteien in die Räte einziehen, die traditionell keine breitere Basis in der Region haben. Darunter sind beispielsweise die der Stärkung der lokalen Selbstverwaltung verpflichtete Partei *Kraft der Menschen (Sila Ljudej)*, die liberale Reformpartei *Holos (Stimme)* oder die Partei des ehemaligen Premierministers Hrojsman *Ukrainische Strategie Hrojsmans (Ukrajinska Stratehija Hrojsmana)* oder die Partei *Europäische Solidarität* von Ex-Präsident Poroschenko. Diese Parteien waren vor allem in strukturschwachen Gemeinden erfolgreich. Deswegen wäre es wichtig, dass künftige Programme zur regionalen Entwicklungen die strukturschwächeren Regionen des ukrainisch kontrollierten Donbas berücksichtigen, um den sich regenden Wunsch nach Veränderung nicht zu enttäuschen und das Vertrauen in die positiven Möglichkeiten der Selbstverwaltung zu stärken.

Auch wenn die Regierungspartei SN im Vergleich zu den Parlamentswahlen bei den Lokalwahlen deutlich schlechter abschnitt, wird sie in fast allen Räten der Region vertreten sein. Mit gewissen Einschränkungen illustriert auch die Wahl von SN den Wunsch nach

Veränderung in der Region. SN war insbesondere dort erfolgreich, wo sie kompetenten Persönlichkeiten aus der örtlichen Zivilgesellschaft eine Plattform bieten konnte. Dies war der Fall in Slowjansk wo die Stadträtin Olha Altunina als von SN aufgestellte Bürgermeisterkandidatin zivilgesellschaftliche Aktivistinnen und Aktivisten um sich sammeln und SN schließlich mit beachtlichen 16,12% in den Stadtrat einziehen konnte. Doch ob sich SN zu einer eigenständigen Kraft entwickeln kann, die der Gesellschaft in der Region ernsthafte politische Alternativen bietet oder sich mit lokalen »Feudalherren« und Vertretern korporativer Interessen arrangiert, ist derzeit noch nicht absehbar.

Der Grad des künftigen Einflusses lokaler »Feudalherren« in den von der Ukraine kontrollierten Teilen des Donbas hängt nicht nur von der politischen Führung des Landes, sondern auch von den Bürgerinnen und Bürgern selbst vor Ort oder gesellschaftlichen Organisationen und Initiativen ab, die sich um ein Zusammenwirken zwischen der Bürgerschaft und den vor Ort politisch Verantwortlichen bemühen, um mit Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger Entscheidungen für die Entwicklung der Gemeinde auszuarbeiten. Insbesondere muss man die Bevölkerung breiter über Instrumente aufzuklären, die die Kontrolle der Handlungen der lokalen Autoritäten durch die Bürgerinnen und Bürger ermöglichen. Gleichzeitig muss an der Vervollkommnung der Gesetzgebung gearbeitet werden, die den Einbezug der Bürgerinnen und Bürger in Entscheidungsprozesse erleichtern bzw. fördern und so im Donbas die weitere Entwicklung der Demokratie in der kommunalen Selbstverwaltung erlauben würde.

Über die Autoren

Samuel Goda, University of Economics in Bratislava

Wilfried Jilge, Osteuropahistoriker, Associate Fellow der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP)

Valerij Novikov, Head of the Luhansk Oblast Centre »Alternative«

Alle drei Autoren sind Mitglieder der Expertengruppe »Lokalwahlen« der internationalen unabhängigen NGO-Plattform CivilM+ zur Beilegung des Konflikts in der Ostukraine.

Lesetipp

Yuliya Erner/Samuel Goda/Wilfried Jilge/Valerij Novikov: Influence of local elections on democratic and socio-economic development of government-controlled territory of Donbas. Oktober 2020, https://civilmplus.org/wp-content/uploads/2020/10/Publication_eng.pdf.

ODIHR limited election observation mission

The 25 October 2020 local elections in Ukraine were particularly important following recent decentralization reforms that devolved significant powers and resources to local governments. The elections were conducted under a substantially revised legal framework which, despite some improvements, requires further refinement to address remaining shortcomings. The Central Election Commission administered the elections professionally and efficiently, despite the challenges posed by the COVID-19 pandemic, but the work of territorial commissions was often politicized and was negatively affected by frequent replacements of their members. Contestants were able to campaign freely, but cases of abuse of state resources and of office and widespread allegations of vote-buying were of concern. Private media failed to consistently provide unbiased and balanced coverage of electoral contestants, which detracted from the ability of voters to make a fully informed choice. In the limited number of polling stations visited by the ODIHR LEOM on election day, the process was generally calm, well-organized and transparent, and procedures were mostly followed.

The local elections were conducted under a substantially revised legal framework. In line with a long-standing ODIHR recommendation to consolidate several electoral laws, a new Election Code was adopted in December 2019, following an overall inclusive but politicized process. Subsequent amendments to the Code addressed some deficiencies that originated from its expeditious adoption while also introducing new substantive changes, including changes to the electoral system shortly prior to the elections, at odds with international good practice. The revised Code does not address a number of ODIHR's long-standing priority recommendations, and the law does not ensure the integrity of key components of the electoral process. Some changes were criticized by interlocutors for increasing party influence over local self-governance. Positively, the revised legal framework introduced an inclusive gender quota for candidate lists, revised sanctions for electoral offences, and facilitated the change of electoral address, which eased the participation of citizens unable to vote at their registered address, including economic migrants and internally displaced persons (IDPs). The manner in which election districts were determined did not follow legal requirements and international standards, and did not always guarantee the equality of the vote.

The elections took place in the context of ongoing armed conflict and other hostilities in the east of the country and the illegal annexation of the Crimean peninsula by the Russian Federation. No elections were held in the Crimean peninsula and in parts of the Donetsk and Luhansk *oblasts* (regions), including in 18 government-controlled territorial communities. The legal framework for the decisions to not hold elections lacked transparent criteria and did not provide sufficient safeguards for suffrage rights, which impacted public trust.

Overall, the Central Election Commission (CEC) met all legal deadlines and operated in an impartial, open and transparent manner. However, the substantive and ongoing legislative changes, the recent administrative-territorial reforms and the public health crisis created challenges to the election administration at all levels. Lower-level commissions implemented most procedures adequately and on schedule, but often lacked professionalism and at times took politically motivated decisions. The extensive replacement of commission members by their nominating party negatively affected the independence, impartiality and operations of Territorial Election Commissions (TECs) and diminished the value of trainings on complex electoral procedures. Not all commissions received sufficient funds to implement the anti-epidemic measures promulgated by the government. Only 5 of 17 CEC members are women; women constituted a majority of lower commission members.

The State Voter Register is maintained by the CEC and regional maintenance bodies and its accuracy generally enjoyed confidence from stakeholders met by the ODIHR LEOM. Citizens declared incapacitated by a court on the basis of intellectual or psychosocial disability were not eligible to vote, at odds with international obligations. New legal provisions simplified the procedure for voters to change their electoral address, addressing previous ODIHR recommendations, but only 101,687 voters used this opportunity, and there were allegations of abuse. Concerns remain about the estimated 20,000–40,000 Roma citizens who are excluded from the voter register due to lack of identity documents.

Candidate registration was conducted in a largely inclusive manner, but TECs did not have a unified approach to registration documents and some rejections appeared politically motivated, contrary to OSCE commitments and international standards. Independent candidates could only stand for mayor, or for councilor in small communities, challenging OSCE commitments. Candidates from national minorities were nominated by the main national parties in addition to local parties. Positively, the new Election Code introduced stricter gender requirements for electoral lists in council elections, but due to a gap in its regulation, 977 lists were registered even though they did not comply with the gender quota.

The election campaign was generally calm and all contestants were able to campaign freely. However, the COVID-19 pandemic impacted the campaign environment and limited contestants' ability to conduct larger-scale campaign

events, resulting in an extended use of social media and online advertising. The ODIHR LEOM noted cases of abuse of state resources and of office, including by *oblast* and city administrations, and received widespread allegations of vote-buying. President Volodymyr Zelenskyy introduced opinion polls at polling stations on election day, funded by his party and related to his administration's policy initiatives, which appeared to create an undue political advantage and blurred the separation of state and party.

The campaign finance regulatory framework does not ensure accurate reporting, timely disclosure, meaningful oversight, or accountability for irregularities. Campaign materials often lacked required information, which prevented traceability of related expenditures. ODIHR LEOM interlocutors pointed to the frequent use of charity funds and NGOs affiliated with candidates for campaign purposes, which is prohibited by law. Donation limits could be easily circumvented and the absence of campaign expenditure ceilings provided no safeguards against excessive spending, at odds with international good practice. TECs must receive, analyze, and publish contestants' campaign finance reports but did not generally possess the required capacity or expertise. Not all TECs or local party organizations published interim reports as required by law, reducing transparency. The oversight role of the National Agency for Prevention of Corruption was limited due to an overall lack of capacity and the absence of regional offices, which undermined effective oversight.

The media landscape is diverse but characterized by a high concentration of politically vested ownership at both national and regional levels, which contributes to the political polarization of reporting and lack of trust in the media sector. The Constitution guarantees the freedom of expression and prohibits censorship, and the legal framework provides for general media freedoms and conditions for equitable and unbiased coverage of electoral contestants. The new Election Code failed to expand the enforcement tools of the media regulator as previously recommended by ODIHR. Private media monitored by the LEOM failed to consistently comply with legal obligations for unbiased and balanced coverage of electoral contestants, which together with a high volume of unmarked promotional materials in broadcast media detracted from the ability of voters to make a fully informed choice.

Mechanisms for electoral dispute resolution are in place, but lack of transparency, public distrust in the judiciary, and inconsistent implementation of law reduced its effectiveness. Concurrent jurisdiction of courts and election commissions for most complaints allows applicants' discretion, and voters' legal standing in election-related disputes is limited to protection of individual rights, contrary to international good practice and long-standing ODIHR recommendations. Courts generally adhered to expedited deadlines for election dispute resolution. However, strict admissibility requirements for complaints resulted in the dismissal of most complaints by the CEC, limiting effective legal redress. Police initiated many criminal cases concerning alleged vote-buying, candidate bribery and obstruction of voting rights, a majority of which did not reach courts prior to election day.

The Election Code provides for citizen and international election observation. In addition to recognized citizen observer organizations, the large majority of registered national organizations appeared to be linked to political parties or candidates, contradicting principles for non-partisan citizen election observation. Citizens of countries determined by the parliament to be aggressor or occupying states are prohibited from registering as international observers, contrary to OSCE commitments.

In line with ODIHR methodology, the ODIHR LEOM did not observe election-day proceedings in a systematic or comprehensive manner. In the limited number of polling stations visited, the voting process was generally calm, well-organized and transparent, and prescribed procedures were mostly followed. Mitigating measures against COVID-19 were in place, but social distancing was not always respected, and personal protective equipment was not consistently used. The vote counts observed were often lengthy, but mostly orderly and transparent, with procedures generally followed. In the few cases observed, the initial stages of the tabulation process were mostly assessed as organized and calm. Party observers participated in the counting process in several cases. Voter turnout, as announced by the CEC on election night, was 36.99 per cent.

Quelle: OSCE, Ukraine, Local Elections, 25 October 2020: Statement of Preliminary Findings and Conclusions, 26. Oktober 2020, <https://www.osce.org/odihr/elections/468249>.

Key conclusions from the Election Day observation of the All-Ukrainian non-governmental organization “Committee of voters of Ukraine” (CVU)

On Voting Day, 1,500 official observers from the Committee of Voters, 350 journalists from CVU “Point of View”, and 200 observers from mobile groups worked at polling stations.

1. According to the CVU's assessment, voting day at local elections largely met the standards of free and democratic elections. The vast majority of recorded violations did not substantially affect the election result.
2. Key problems on voting day included: illegal campaigning, the violation of anti-epidemic measures on voting day, non-admittance and hindering of observers, issues due to the lack of ballots and mistakes in the ballot texts, and conflicts connected with an opinion poll at polling stations.
3. On voting day, many cases of direct and indirect voter bribery took place, which could have a crucial impact on the voting results in several communities. The CVU received reports of voters who are not residents of certain communities being transported to other areas, in particular, PEC #650282 of Chernomorsk'e District in the Kherison Region. Two cases of voter transportation took place in Kostyantynivka and Novodmytrivka in the Donetsk Region. In Nikopol in the Dnipropetrovsk Region, voters were offered monetary remuneration for voting, about which CVU representatives informed the National Police. In Novomoskovsk in the Dnipropetrovsk Region, there was evidence detected of ballots being taken outside the polling station, which can indicate an attempt to organize the so-called "carousel" technology. In the Odesa Region, four buses were detained for taking part in organized financially-motivated voting in Belgorod-Dniester and Zatoka.
4. The CVU is concerned about the large-scale altering of electoral addresses, which led to active "electoral tourism," and could influence citizens' voting results. According to the CVU data, there was an abnormal increase in the number of voters in more than 20 communities. The largest increase occurred in Karolino-Bugaz UTC (United Territorial Community) of the Odesa Region, where the number of new voters increased by over 13%.
5. The CVU notes problems on the voting day with non-adherence to anti-epidemic regulations at polling stations. Violations included: noncompliance with social distancing requirements, a lack of personal protective equipment (masks, gloves), and the improper use of equipment for measuring voters' temperature. Some stations were not supplied with the required equipment, and they organized voting individually, even at the heads of commissions' own expense. In the commissions, conflicts arose about who should arrange for those with coronavirus to vote at their place of residence, and how this should take place. The CVU addressed the Cabinet of Ministers of Ukraine regarding the necessity of centralized procurement for personal protection equipment (masks, protective suits) and thermometers, as well as payment for technical staff who would clean stations for voting in the second round of elections.
6. As there were limits on the maximum number of people allowed on premises at the same time, significant queues appeared near and inside polling stations. As a result, some voters filled ballots outside polling booths (on polling boxes, on windowsills, etc.) which violated the secrecy of the ballot. Some polling stations announced breaks for cleaning. For example, the members of the PEC arranged a 15-minute break for sanitation at polling station #560951 in Rivne. A 30-minute break for cleaning was also announced at a polling station in Mykolaiv (#480981). The CVU states that gaps in the operation of polling stations on the voting day contradict the provisions of the Electoral Code of Ukraine.
7. A lack of comprehension of voting rules and new ballot template was a widespread problem on voting day. As a result, citizens often sought outside help for clarifications of details in filling in the ballot (including from commission members and observers).
8. CVU observers detected illegal campaigning on the eve of and on voting day. There were multiple cases of materials being shared that bore signs of campaigning, in all regions of Ukraine. On voting day, CVU observers informed about cases of citizens in many areas wearing so-called branded facial masks at polling stations. For example, in Rivne (PS #560978, #560965) voters at the station were wearing branded masks of the political party "Rivne Together," having previously handed them out to citizens. In Kherson, a candidate for the mayor's office arrived at the voting premises wearing a mask with the party emblem and placed a corresponding photo on his Facebook page. CVU observers note illegal campaigning via text message on voting day. For example, a message was received in Kamenetsk-Podolskiy, which read: "25 October—the only reliable choice—Fatherland."
9. The provision of electoral rights of vulnerable groups of the population proved problematic. According to the CVU's conclusions, the majority of polling stations are not equipped for the needs of vulnerable groups of citizens, which represents an obstacle to them exercising their rights to vote. The provisions of the Electoral Code of Ukraine created difficulties for voters who have lost their vision. The Electoral Code stipulates a prohibition of any photo or video recording of a ballot while filling it out. At the same time, visually-impaired voters can fill out their ballot without outside participation with the help of special apps.
10. The CVU detected cases of hindering observers' work on the voting day (PS #480425, #051582, #120086). In some cases, the heads of commissions refused to admit observers, stating that at the station, limitations were in force regarding the number of people in the premises. In Rubizhne in the Luhansk Region, the head of the PEC attempted to prevent a CVU observer from entering the polling station, as, in his opinion, there were already many

(17) observers who had registered at his precinct. This situation contradicts the Electoral Code of Ukraine. In some cases, police representatives carried out unusual functions, and interfered with the work of the CVU's observers: at station #650762, police officers checked observers' mandates and were present for voting; at station #650622, a policeman took photos of the observers' passports and mandates.

11. Problems with ballots on voting day have seemingly become a tradition. Errors in the texts of ballots were detected in several stations while organizing voting. At station #350825 (Kirovohrad Region) 2,394 voters lost their votes through an error in the ballot, which had not been detected in due time. Due to a mistake while printing the ballots, the candidate lists from another district arrived at the station. This was only discovered around lunchtime on voting day. In Zakarpattia, 14,000 ballots (for the election of deputies in Mezhhirskia UTC) were mistakenly reprinted during the night before voting day.
12. The CVU's observers informed noted violations of legislation and conflicts connected with the President's poll taking place near polling stations. In Cherkasy (PS #711040), a PEC member was personally handing out the presidential poll forms in the polling station. She justified her actions by saying that the volunteers had asked her to conduct a questionnaire. In Berdyansk town (PS #650651), there were attempts to carry out the survey in the polling station premises. In Utkivka village of the Kharkiv Region, the survey was being held inside the polling station premises. During the questioning, there emerged a number of conflict situations between the voters and the interviewers. Some interviewers were campaigning and commenting on their opinions on the issues in the survey text, which provoked negative reactions from voters.
13. CVU observers note problems with the tabulation of votes. A frequent problem is that members of electoral commissions misunderstand the details of how to fill tabulation protocols at polling stations. This originates from the renewal of electoral registration. As a result, the CVU's observers indicate that mistakes occur during the tabulation procedure and when completing the electoral documentation forms. This slows down the transmission of protocols for the TECs. For example, in Kropyvnytskyi town, only 15 PECs of 124 had filed their protocols to the town TEC as of the morning of 26 October. In Dnipro city, as of 11 am, protocols from 64 PECs of 465 had been filed; in Cherkasy, as of 11 am, around 15% of PEC protocols had been received. The CVU's observers noted queues while filing the election documents. At some stations, 3 commission members detected errors in protocols immediately after starting the tabulation of votes (Rivne town, PS #560958, the surname of one candidate was not printed in the protocol).

Quelle: Findings according to the results of observation by CVU on the voting day of 25 October, 26. Oktober 2020, <https://amxe.net/v1w7rs9f-rrra5s0z-oy6heurq-cj0>.

OPORA statement on preliminary results of observation in 2020 local elections

Based on the preliminary results of its election observation, OPORA notes a highly competitive nature of the local elections, which were generally in compliance with the legislation of Ukraine. Citizens could choose from a wide variety of candidates (political parties) who had been provided with adequate conditions and resources to conduct wide-ranging election campaigning.

Although the violations documented by observers could have had a significant effect on the expression of voters' will in some territorial communities, their causes were varied, the responsibility for them should be shared by different subjects of the election process, and none of them were engineered centrally within the country. That being said, OPORA did document rather widespread violations of the election and campaign procedures, instances of non-compliance with the procedure of campaigning and attempts of vote buying, abuse of the advantages of incumbency, and distortions of the procedure for changing the voting address. Some of these violations, including the procedural ones, could have been avoided if the Government had made arrangements early for implementing the new Electoral Code, amendments to the Criminal Code and the Code of Administrative Offenses, and for proper education of the election commissioners, political parties, and voters. OPORA also notes that the National Police of Ukraine, despite the limited time for training, took active steps to detect and prevent election violations, as well as improve the skills of its officers.

In view of inadequate coordination and planning of the epidemic prevention measures during the elections, the Government failed to demonstrate its full potential for ensuring the security of citizens in the crisis. According to OPORA, the measures to mitigate COVID-19 incidence were not applied uniformly across the regions of Ukraine nor did they often have a sufficient financial and logistical support. This points to the need for the Government of Ukraine to conduct a detailed review of the experience gained in conducting elections during a pandemic for future consideration.

OPORA notes the effort taken by the Government to strengthen the standards of ensuring the citizens' voting rights and the inclusivity of the electoral process. The Ukrainian Parliament played an important role here, introducing mandatory mechanisms to secure equal participation of men and women in the elections and providing guarantees of voting rights to the internally displaced persons and internal migrant workers. Equally important in the process was the CEC's proactive position in ensuring the voting rights of citizens at the level of by-laws and their practical application, as well as in introducing innovative approaches to voter education.

Against the background of the Government's progress in ensuring the voting rights of certain categories of citizens, one of the negative manifestations of the campaign was the decision to not hold elections in 18 communities of Donetsk and Luhansk oblasts (about 550,000 voters), which was never properly justified and had signs of violations of the constitutional rights. In our opinion, such challenge to the voting rights of citizens should be addressed immediately by the Verkhovna Rada of Ukraine.

OPORA notes that the strong involvement of President Volodymyr Zelenskyi in the campaign led by the Servant of the People political party has taken a toll on the promotion of recognized democratic standards for the separation of state and political party interests, as well as the prevention of abuse of administrative resources at various levels. Although the legal basis for such activity of the Head of State may be questioned, as well as opinions thereof, it is obvious that the state and its central authorities lost the opportunity to demonstrate a fresh approach to secure appropriate election standards at the level of political practice. It is in the same spirit that the organization assesses the initiative of the President of Ukraine to conduct an informal opinion poll next to the polling stations on October 25, 2020. The details of its organization, conduct and financing may discredit the instruments of democracy in Ukraine in the future and create preconditions for some socially dangerous manipulations by a wide range of political forces.

The CEC exercised its powers regarding local elections highly professionally and in compliance with the legislation of Ukraine, having improved its external communications and educational activities. While the election legislation is not perfect, the Commission succeeded in carrying out well its elucidatory functions, and also in responding promptly to the legal problems identified in the organization and conduct of elections. By contrast, at the level of TECs and PECs, problems that are traditional for administration of elections in Ukraine have emerged because of the commissions' fluid composition and lack of time for quality training, low official pay of the commissioners, and the persistence of politically motivated and shady funding in their work. The above issues demonstrate yet again the need to find new approaches to the administration of elections in Ukraine, which may be established as a result of an all-round and non-partisan discussion at the level of the leading parliamentary committee, engaging the CEC, national and international experts.

Direct and indirect vote buying was again a challenge to fair elections in some communities, but the changes to the Criminal Code of Ukraine and the active involvement of the National Police of Ukraine and other law enforcement agencies acted as a deterrent to potential abuses and unscrupulous candidates. While a key issue remains to make sure that the ongoing investigations end up in court trials, the 2020 local elections have shown some preconditions for improving the situation with prosecuting those responsible for electoral violations. The organization is planning to ensure a systemic public scrutiny over the investigations into violations during the 2020 local elections.

OPORA draws the attention of law enforcement agencies to the need to investigate systemically the abuse of the procedures of changing one's voting address, which could have affected the outcome of elections in some local communities. An effective investigation into such incidents is crucial for preventing any would-be organized abuse of the progressive procedures the Government implements to properly ensure citizens' voting rights. Investigations into incidents of obstruction of the legitimate activities of candidates and attacks on some of them, which were documented in different regions of Ukraine, will also require an effective completion.

Abusing the advantages of incumbency in the course of elections was a significant factor in the campaign on account of the mass-scale nominations of incumbent local government and local executive officials. The nature of these abuses was typically that of violating democratic standards of public administration and was characteristic of representatives of various political parties. This issue was particularly acute in the election of city, village and settlement mayors, in which the incumbents of local self-government were running.

OPORA observers note that the evidence of direct pressure on the voters by public officials is generally lacking, and that during the elections, the top-down systems at the national, regional and local levels were diversified among different political forces. At the same time, OPORA emphasizes that, given the instability of democratic institutions and practices in Ukraine, the requirements for the activities of public officials, in particular the President of Ukraine, should not be limited only to some formal restrictions and arbitrary interpretation of the current legislation. Their practical activities should be based on the broader standards of preventing the misuse of administrative resources in the interests of certain political forces or candidates. An example of good practice and requirements for the conduct

of public officials and civil servants in the election process is the Code of Ethical Conduct for Elections that OPORA has developed on the basis of democratic standards.

The problem of insufficient transparency and accountability of electoral and political finances, which manifested itself vividly during premature campaigning as well as in the official election process, is still in need of a final solution. During these local elections in Ukraine, incidents with signs of illegal campaigning have become the commonest violation identified and verified by OPORA observers. The lack of effective control over election funding, in particular due to the limited potential of TECs and NACP, not only created risks of a shadow funding of candidates' and political parties' election campaigns, but also negatively affected the principle of equal opportunities for the candidates and political parties.

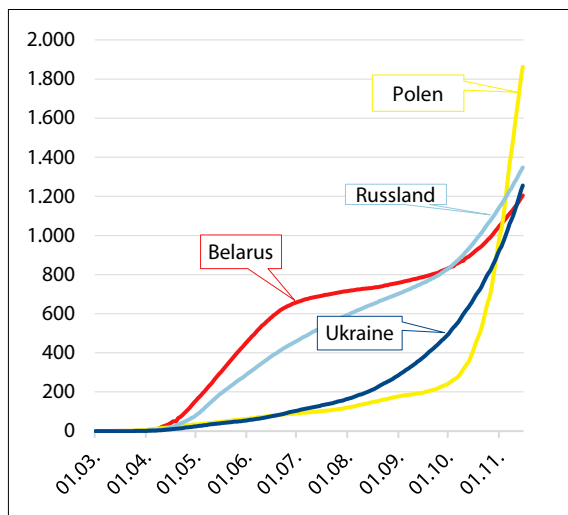
The interim results of OPORA's non-partisan observation of the October 25, 2020 local elections indicate the need for Ukraine's further progress towards full compliance with the democratic standards, despite the competitive nature of the electoral process and the existing conditions for the citizens to express their will.

Quelle: OPORA, *Preliminary report on local elections, 26. Oktober 2020*, <https://www.epde.org/en/documents/details/local-elections-were-highly-competitive-violations-specific-to-communities-but-not-centrally-planned-3215.html>.

STATISTIK

Die Verbreitung von Covid-19 in der Ukraine

Grafik 1: Ausbreitung von Covid-19 im Vergleich (Fälle pro 100.000 Einwohner, 1. März – 15. November 2020)



Für die Zahlen vom 01.03.–27.10.2020 siehe die Statistik »Die Verbreitung von Covid-19 in der Ukraine« in den Ukraine-Analysen 233–241.

Auch wenn die Zahlen alle aus einer Quelle stammen, sind sie nur begrenzt vergleichbar, da sich zwischen den Ländern der Umfang der Tests und die Erfassung von Covid-19 als Todesursache teilweise deutlich unterscheiden.

Quelle: Johns Hopkins Universität. Stand: 15.11.2020, 21:26 Uhr MESZ <https://oronavirus.jhu.edu/map.html>; https://github.com/CSSEGISandData/COVID-19/blob/master/csse_covid_19_data/csse_covid_19_time_series/time_series_covid19_confirmed_global.csv; Einwohnerzahlen: CIA World Factbook, <https://www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook/>

Tabelle 1: Ausbreitung von Covid-19 im Vergleich (Fälle, 28. Oktober – 15. November 2020)

Datum	Belarus	Polen	Russland	Ukraine
28.10.	95.545	299.049	1.553.028	374.023
29.10.	96.529	319.205	1.570.446	381.664
30.10.	97.499	340.834	1.588.433	390.272
31.10.	98.482	362.731	1.606.267	399.330
01.11.	99.459	379.902	1.624.648	407.573
02.11.	100.400	395.480	1.642.665	414.567
03.11.	101.329	414.844	1.661.096	423.683
04.11.	102.313	439.536	1.680.579	433.492
05.11.	103.295	466.679	1.699.695	443.630
06.11.	104.286	493.765	1.720.063	453.565
07.11.	105.283	521.640	1.740.172	464.598
08.11.	106.279	546.425	1.760.420	474.245
09.11.	107.262	568.138	1.781.997	483.153
10.11.	108.300	593.592	1.802.762	493.544
11.11.	109.357	618.813	1.822.345	504.423
12.11.	110.455	641.496	1.843.678	515.755
13.11.	111.622	665.547	1.865.395	527.808
14.11.	112.870	691.118	1.887.836	540.593
15.11.	114.185	712.972	1.910.149	551.533

Grafik 2: Todesfälle durch Covid-19 im Vergleich (Todesfälle pro 100.000 Einwohner, 1. März – 15. November 2020)

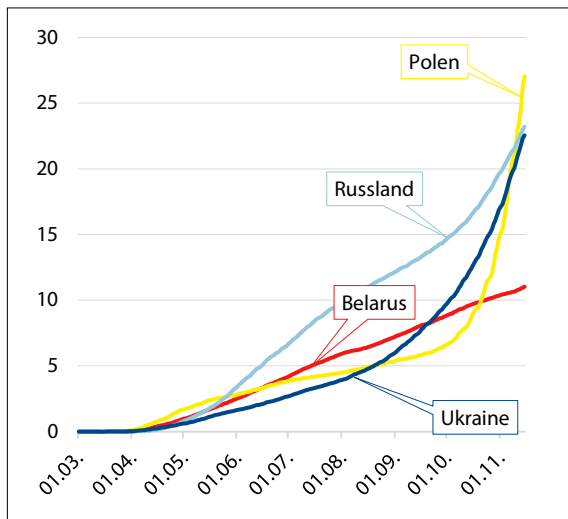


Tabelle 2: Todesfälle durch Covid-19 im Vergleich (28. Oktober – 15. November 2020)

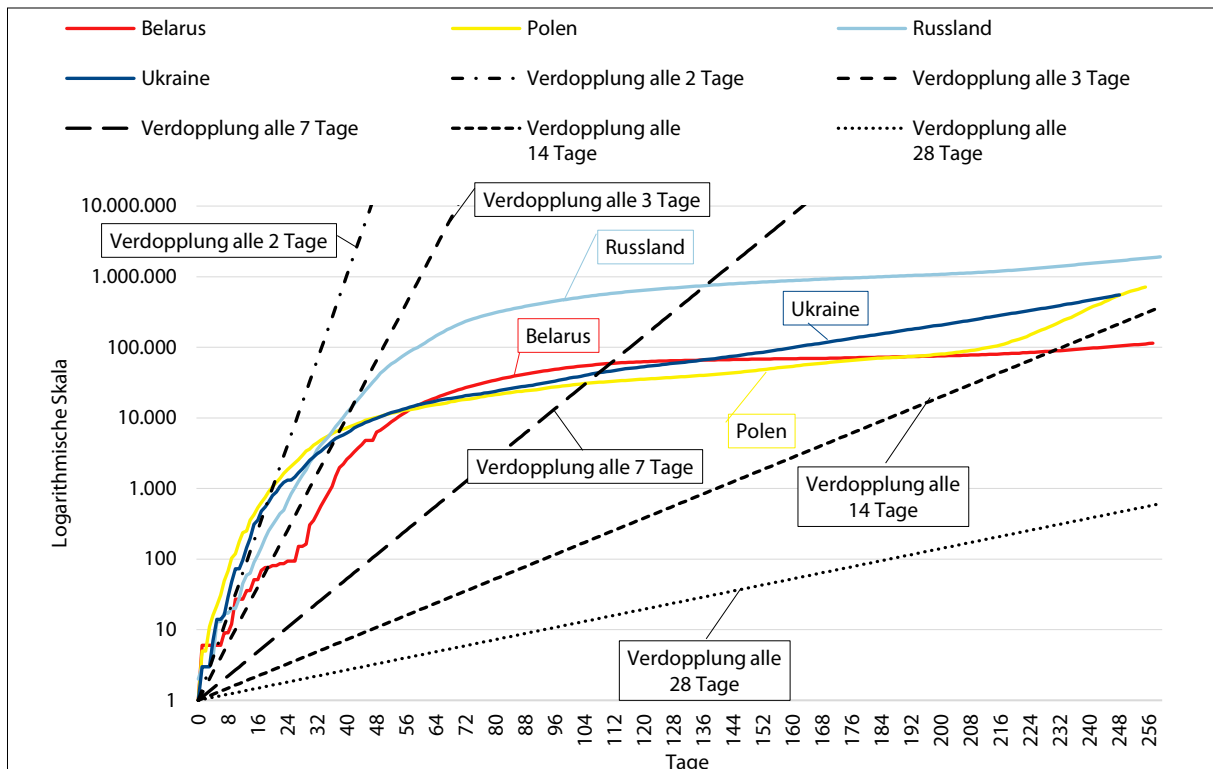
Datum	Belarus	Polen	Russland	Ukraine
28.10.	969	4.849	26.752	6.938
29.10.	973	5.149	27.111	7.058
30.10.	977	5.351	27.462	7.235
31.10.	980	5.631	27.787	7.399
01.11.	985	5.783	28.026	7.515
02.11.	989	5.875	28.264	7.584
03.11.	992	6.102	28.611	7.749
04.11.	995	6.475	28.996	7.952
05.11.	998	6.842	29.285	8.148
06.11.	1.001	7.287	29.654	8.358
07.11.	1.004	7.636	30.010	8.553
08.11.	1.007	7.872	30.292	8.695
09.11.	1.011	8.045	30.546	8.812
10.11.	1.016	8.375	30.899	9.018
11.11.	1.022	8.805	31.326	9.214
12.11.	1.027	9.080	31.755	9.422
13.11.	1.033	9.499	32.156	9.604
14.11.	1.039	10.045	32.536	9.806
15.11.	1.046	10.348	32.885	9.904

Für die Zahlen vom 01.03.–27.10.2020 siehe die Statistik »Die Verbreitung von Covid-19 in der Ukraine« in den Ukraine-Analysen 233–241.

Auch wenn die Zahlen alle aus einer Quelle stammen, sind sie nur begrenzt vergleichbar, da sich zwischen den Ländern der Umfang der Tests und die Erfassung von Covid-19 als Todesursache teilweise deutlich unterscheiden.

Quelle: Johns Hopkins Universität. Stand: 15.11.2020 Uhr 21:26 MESZ <https://coronavirus.jhu.edu/map.html>; https://github.com/CSSEGISandData/COVID-19/blob/master/csse_covid_19_data/csse_covid_19_time_series/time_series_covid19_deaths_global.csv; Einwohnerzahlen: CIA World Factbook, <https://www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook/>

Grafik 3: Covid-19-Verdopplungsraten im Vergleich: bestätigte Fälle

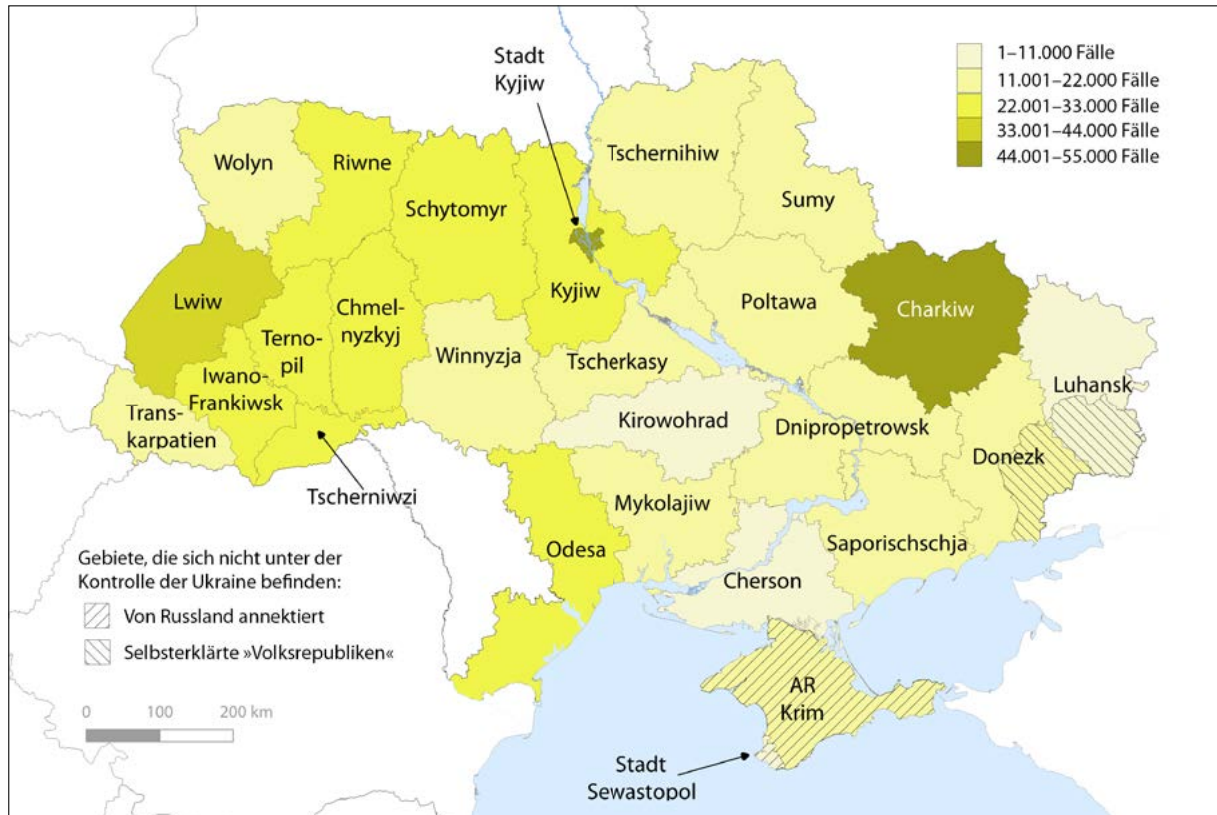


Der Tag Null ist der letzte Tag mit nur einem bestätigtem Fall, oder der erste Tag, an dem Fälle gemeldet wurden.

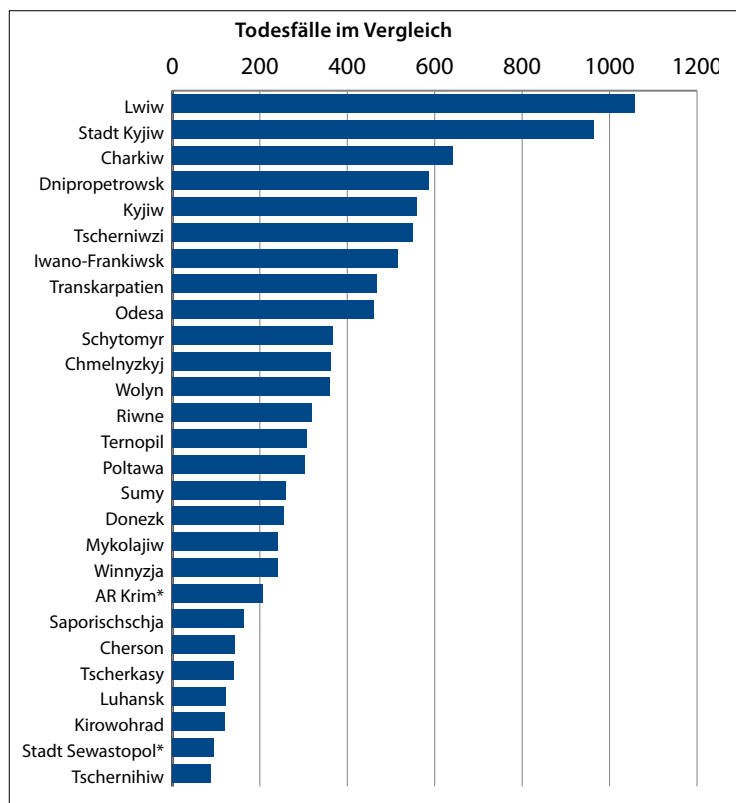
Auch wenn die Zahlen alle aus einer Quelle stammen, sind sie nur begrenzt vergleichbar, da sich zwischen den Ländern der Umfang der Tests und die Erfassung von Covid-19 als Todesursache teilweise deutlich unterscheiden.

Quelle: Johns-Hopkins-Universität. Stand: 15.11.2020 Uhr 21:26 Uhr MESZ <https://coronavirus.jhu.edu/map.html>; https://github.com/CSSEGISandData/COVID-19/blob/master/csse_covid_19_data/csse_covid_19_time_series/time_series_covid19_confirmed_global.csv; Formel für die Verdopplungsraten von <https://blog.datwrapp.de/weekly-chart-coronavirus-doublingtimes/>

Grafik 4: Regionale Verteilung der Covid-19-Infektionen



Region	Fälle	Todesfälle
Charkiw	47.599	642
Cherson	6.967	143
Chmelnyzkyj	22.879	362
Dnipropetrowsk	21.222	587
Donezk	16.983	256
Iwano-Frankiwsk	27.986	515
Kyjiw	24.493	560
Stadt Kyjiw	50.620	965
Kirowohrad	3.651	121
Luhansk	5.147	123
Lwiw	36.894	1.057
Mykolajiw	12.340	241
Odesa	32.782	460
Poltawa	14.966	302
Riwne	24.969	319
Saporischschja	18.484	164
Schytomyr	22.225	368
Sumy	17.859	260
Ternopil	23.555	308
Tscherkasy	12.996	140
Tschernihiw	11.419	89
Tscherniwzi	27.917	551
Transkarpatien	19.384	468
Winnyzja	13.844	241
Wolyn	18.676	361
AR Krim*	12.206	208
Stadt Sewastopol*	3.470	95



* inoffizielle Daten; Datenquelle: <https://www.pravda.com.ua/cdn/covid-19/cpa/>; Stand: 15.11.2020 08:17 Uhr.

Karte erstellt von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen in QGIS mit Geodaten von <https://www.openstreetmap.org>.

Covid-19-Chronik, 26. Oktober – 8. November 2020

Datum	Neue Covid-19-Fälle / Gesamtzahl / Todesfälle*	Ereignis
26.10.2020	5.426 / 348.924 / 6.464	<p>Gesundheitsminister Maksym Stepanow berichtet über die erfolgreich bestandene Testphase eines ukrainischen Impfstoffs gegen das Coronavirus an lebenden Zellen. Nach drei weiteren erforderlichen Testphasen könnte die Ukraine in einem Jahr einen eigenen Impfstoff haben.</p> <p>Der Vorsitzende der Medschlis (die zentrale Organisation der Krimtataren), Refat Tschubarow, veröffentlicht einen Aufruf an die OSZE-Sonderbeobachtungsmission in der Ukraine und die UN-Menschenrechtsüberwachungsmission in der Ukraine, die von Russland annektierte Halbinsel Krim aufgrund der »katastrophalen Situation mit dem Coronavirus« zu besuchen. Demzufolge reichen Personal- sowie Krankenhauskapazitäten für die Behandlung der an Covid-19 erkrankten Personen nicht aus.</p>
27.10.2020	6.677 / 355.601 / 6.590	Gesundheitsminister Maksym Stepanow zufolge soll die Anzahl der täglich durchgeführten Coronavirus-Tests bis Ende des Jahres auf 75.000 erhöht werden.
28.10.2020	7.474 / 363.075 / 6.755	Die Regierung verlängert die wegen der Covid-19-Pandemie verhängten adaptiven Quarantäne in der Ukraine bis zum 31. Dezember 2020, erklärt Premierminister Denys Schmyhal.
29.10.2020	7.342 / 370.417 / 6.868	Nach der Gesamtzahl der diagnostizierten Covid-19-Fälle nimmt die Ukraine weltweit den 22. Platz ein.
30.10.2020	8.312 / 378.729 / 7.041	<p>Die Anzahl der an Covid-19 neu Erkrankten überschreitet erstmals 8.000 Fälle an einem Tag. Gleichzeitig übersteigt die Anzahl der Opfer des Coronavirus 7.000 Personen.</p> <p>Die Nationalbank der Ukraine prognostiziert eine allmähliche Erholung der Wirtschaft des Landes erst ab 2022. Im laufenden Jahr wird der Covid-19-Pandemie mit einem Rückgang des BIPs um 6 Prozent gerechnet.</p>
31.10.2020	8.752 / 387.481 / 7.196	Nach Angaben des Gesundheitsministeriums beträgt die Belegung der Betten in Krankenhäusern mit am Coronavirus Erkrankten ukraineweit 67,2 Prozent. Vor weniger als drei Wochen waren es 60 Prozent.
1.11.2020	6.754 / 395.440 / 7.306	Ohne eine Todesursache zu benennen, gibt das »Gesundheitsministerium« der Donezker »Volksrepublik« den Tod der leitenden Intensivmedizinerin, Natalija Smyrnowa, bekannt. Smyrnowa stand seit Beginn der Pandemie an der Spitze des Kampfes gegen das Coronavirus in dem von Russland besetzten Gebiet.
2.11.2020	6.754 / 402.194 / 7.375	<p>Die Gesamtzahl der Covid-19-Infizierten in der Ukraine überschreitet 400.000 Personen.</p> <p>Das Gesundheitsministerium bereitet sich auf die Einrichtung eines provisorischen Krankenhauses für Patienten mit Coronavirus in einer der größten Mehrzweckhallen des Landes in Kiew vor, teilt der leitende Sanitätsarzt Wiktor Ljaschko mit.</p> <p>Trotz der drastisch steigenden Zahl von Covid-19-Infizierten öffnet die »Volksrepublik« Donezk die Schulen wieder, die für vier Wochen geschlossen waren. Die Universitäten arbeiten weiterhin im Fernstudium-Modus.</p>
3.11.2020	8.899 / 411.093 / 7.532	Gesundheitsminister Maksym Stepanow warnt vor katastrophalen Zuständen wegen der Covid-19-Pandemie und ruft die Bevölkerung zum verantwortungsbewussten Handeln auf.
4.11.2020	9.524 / 420.617 / 7.731	<p>Erstmals werden mehr als 9.000 neue Covid-19-Fälle an einem Tag diagnostiziert.</p> <p>Der Bürgermeister von Kiew, Witalij Klytschko, tritt nach seiner Erholung vom Coronavirus wieder seinen Dienst an.</p> <p>In der Donezker »Volksrepublik« wird ein dramatischer Anstieg der Anzahl von Covid-19-Opfern verzeichnet: Nach offiziellen Angaben stiegen die Todeszahlen binnen eineinhalb Wochen von 349 auf insgesamt 623 seit dem Beginn der Pandemie. Die stark steigenden Todeszahlen haben auch damit zu tun, dass der Anteil älterer Menschen an der Gesamtbevölkerung sehr hoch ist: Unter den weniger als zwei Millionen verbliebenen Menschen in beiden »Volksrepubliken« in Donezk und Luhansk gibt es laut »offiziellen« Angaben mehr als eine Million Rentner*innen.</p>

Datum	Neue Covid-19-Fälle / Gesamtzahl / Todesfälle*	Ereignis
5.11.2020	9.850 / 430.467 / 7.924	Um die Ausbreitung des Coronavirus zu verlangsamen, kündigt Gesundheitsminister Maksym Stepanow die mögliche Einführung einer »Wochenendquarantäne« in der Ukraine ab dem 14. November an. Demnach werden samstags und sonntags nur Lebensmittelgeschäfte, Apotheken sowie öffentliche Verkehrsmittel arbeiten.
6.11.2020	9.721 / 440.188 / 8.125	Die Anzahl der Opfer des Coronavirus in der Ukraine seit dem Beginn der Pandemie übersteigt 8.000 Personen. Die Werchowna Rada verabschiedet ein Gesetz, das Geldstrafen bis zu 255 Hrywnja (ca. 7,50 Euro) einführt, wenn beim Aufenthalt an öffentlichen Orten und in Verkehrsmitteln keine Mund-Nasen-Bedeckung getragen wird. Damit soll die Verbreitung des Coronavirus gestoppt werden. Da es bisher keine Strafen gab, hielten sich viele Ukrainer*innen nicht an die Masken-Regelung.
7.11.2020	10.746 / 450.934 / 8.312	Zum ersten Mal seit dem Beginn der Pandemie sind mehr als 10.000 neue Covid-19-Fälle an einem Tag diagnostiziert worden. Der Minister des Ministerkabinetts Oleh Nemtschinow teilt die aktualisierte Einteilung der Ukraine in Quarantäne-Zonen mit. Inzwischen besteht das gesamte Land nur noch aus »orangen« und »roten« Zonen mit einer hohen Anzahl von am Coronavirus erkrankten Personen. Besonders betroffen sind die Oblaste Schytomyr und Poltawa, die gänzlich als »rote« Zonen gelten, sowie weite Teile im Westen des Landes.
8.11.2020	9.397 / 460.331 / 8.450	Nach der Anzahl der diagnostizierten Covid-19-Fälle am 8. November belegt die Ukraine den 7. Platz in Europa (nach Frankreich, Italien, Polen, Großbritannien, Russland und Deutschland).

Zusammengestellt von Ina Lankovich

Quelle*: [Ukrainska Pravda](#)

CHRONIK

26. Oktober – 8. November 2020

26.10.2020	Die Ukraine verweigert zwei hochrangigen ungarischen Beamten die Einreise. Darunter sei der Staatssekretär des Premierministers, Árpád Potápi, berichtet der ukrainische Außenminister Dmytro Kuleba, der als Grund die »Einmischung in innere Angelegenheiten der Ukraine« nennt. Auslöser war ein Facebook-Post am Tag der Kommunalwahlen am 25. Oktober, in dem der ungarische Außenminister Péter Szijjártó offen die »Partei der Ungarn in der Ukraine« unterstützt. Zuvor hatte bereits Potápi offen zur Wahl der Partei bei den Kommunalwahlen aufgerufen. Die ukrainisch-ungarischen Beziehungen sind seit mehreren Jahren belastet.
27.10.2020	Das Kiewer Bezirksgericht fordert das Justizministerium auf, den Leiter des Nationalen Antikorruptionsbüros (NABU), Artem Sytnyk, innerhalb eines Monats zu entlassen. Damit soll das Justizministerium einer umstrittenen Entscheidung des Verfassungsgerichts vom 28. August 2020 nachkommen. Damals erklärte das Verfassungsgericht die Ernennung von Sytnyk durch den damaligen Präsidenten Petro Poroschenko als verfassungswidrig, da Poroschenko keine Befugnis hatte, ihn zu ernennen. Justizminister Denys Maljuska weist die Forderung des Kiewer Bezirksgerichts zurück, da das Ministerium nicht zuständig sei. Als Hintergrund sehen politische Beobachter die Korruptionsermittlungen des NABU gegen das Kiewer Bezirksgericht, die durch Sytnyks Entlassung torpediert werden sollen.

27.10.2020	Das Verfassungsgericht der Ukraine erklärt in einer geschlossenen Sitzung die Veröffentlichung der elektronischen Vermögensdeklarationen von Top-Beamten und deren Kontrolle durch die zuständige Nationale Agentur zur Prävention von Korruption (NAPC) als verfassungswidrig. Damit müssen das NAPC und das für Ermittlungen zuständige Nationale Antikorruptionsbüro (NABU) mehr als hundert Verfahren, auch gegen hochrangige mutmaßlich korrupte Richter, einstellen und die elektronische Datenbank mit den Vermögensdeklarationen vom Netz nehmen. Weiterhin kippt das Gericht Artikel 366-1 des Strafgesetzbuchs, der Falschangaben in den Vermögensangaben unter Strafe stellt. Die beiden Entscheidungen, die auf Initiative einer Gruppe von Abgeordneten mit Verbindungen zu Oligarchen angestoßen wurden, stoßen auf große Kritik aus Politik, Gesellschaft und dem Ausland und stürzen das Land in eine Verfassungskrise.
28.10.2020	Der Präsident des Verfassungsgerichts der Ukraine, Oleksandr Tupizkyj, soll 2018 illegal auf der von Russland annektierten Krim ein Stück Land erworben und anschließend nicht deklariert haben, berichtet das bekannte Investigativ-Programm »Schemy«. Damit läge ein klarer Interessenkonflikt mit den am Vortrag gefällten und umstrittenen Entscheidungen des Verfassungsgerichts vor, die die juristische Haftung in solchen Fällen abschafft.
29.10.2020	Präsident Wolodymyr Selenskyj ruft wegen der Entscheidung des Verfassungsgerichts, Teile der Antikorruptionsinfrastruktur als verfassungswidrig zu erklären, den Sicherheits- und Verteidigungsrat zu einer Dringlichkeitsitzung zusammen, und erklärt die umstrittene Entscheidung als eine Bedrohung und Herausforderung für die nationale Sicherheit.
29.10.2020	Das Ministerkabinett beschließt auf einer außerordentlichen Sitzung auf Empfehlung des Nationalen Sicherheits- und Verteidigungsrates eine Eilverfügung. Darin wird die Nationale Agentur zur Prävention von Korruption (NAPC) dazu verpflichtet, die elektronischen Vermögensdeklarationen unverzüglich wieder offen zugänglich zu machen. Am Abend des 29. Oktober kommt die NAPC der Verfügung nach und stellt die elektronischen Vermögensdeklarationen wieder offen ins Netz.
29.10.2020	Das Staatliche Ermittlungsbüro (DBR) gibt bekannt, gegen den Präsidenten des Verfassungsgerichts der Ukraine, Oleksandr Tupizkyj, wegen der Zugehörigkeit zu einer »kriminelle Organisation« zur ermitteln. Für den 2. November wird Tupizkyj zu einem Gespräch beim DBR vorgeladen.
30.10.2020	Präsident Wolodymyr Selenskyj reicht im Parlament einen Gesetzesentwurf »Zur Wiederherstellung des Vertrauens der Öffentlichkeit in Verfassungsprozesse« ein. Der Entwurf sieht vor, die umstrittenen Urteile des Verfassungsgerichts als »nicht rechtskräftig« aufzuheben und alle Richter des Verfassungsgerichts zu entlassen. Damit soll der Weg frei gemacht werden für eine neue Zusammensetzung der Verfassungsrichter, die zum Teil noch unter Ex-Präsident Wiktor Janukowytsch ernannt wurden. Selenskyjs Vorschlag ist umstritten, da weder der Präsident noch das Parlament formal berechtigt sind, Verfassungsrichter zu entlassen. Diese können nur selbst zurücktreten.
30.10.2020	Der Präsident des Verfassungsgerichts der Ukraine, Oleksandr Tupizkyj, kritisiert den Gesetzesentwurf von Präsident Wolodymyr Selenskyj und bezeichnet diesen als »Staatsstreich«.
30.10.2020	Vor dem Gebäude des Verfassungsgerichts kommt es zu Protesten. Die Organisatoren, darunter mehrere Antikorruptions-NGOs, fordern den sofortigen Rücktritt der Verfassungsrichter. Unter anderem werden brennende Reifen auf das Gebäude geworfen.
30.10.2020	Durch Beschuss von Seiten der prorussischen »Separatisten«, unter anderem durch Raketenwerfer, kommen zwei ukrainische Soldaten an der Kontaktlinie ums Leben, mehrere werden verletzt. Seit dem 27. Juli herrscht ein brüchiger Waffenstillstand, der regelmäßig vor allem von Seiten der »Volksrepubliken« gebrochen wird.
31.10.2020	Die Venedig-Kommission und GRECO (Staatengruppe gegen Korruption des Europarates) mahnen die Werchowna Rada, dass die Verabschiedung des Gesetzesentwurfs von Präsident Wolodymyr Selenskyj, der die Entlassung der Verfassungsrichter vorsieht, gegen die Verfassung und internationales Recht verstoße und die Gewaltenteilung untergrabe. Sie fordern das Parlament dazu auf, einen anderen Weg zur Beendigung der Verfassungskrise zu finden und bieten Parlamentssprecher Dmytro Rasumkow Hilfe bei der Ausarbeitung einer verfassungskonformen Lösung an.
02.11.2020	Präsident Wolodymyr Selenskyj fordert bei einem Fernsehauftritt das Parlament auf, seinem Gesetzesentwurf zur Entlassung der Verfassungsrichter zuzustimmen und schließt nicht aus, andernfalls das Parlament aufzulösen, sollte die Verfassungskrise nicht anders gelöst werden können. So will er das Land vor dem »politischen Kollaps« bewahren. Er wirft mehreren Oligarchen und pro-russischen Politikern vor, die Entscheidungen des Verfassungsgerichts beeinflusst zu haben, um die Beziehungen der Ukraine zu ihren westlichen Partnern zu untergraben.

03.11.2020	Der Sprecher der EU für Außen- und Sicherheitspolitik, Peter Stano, kritisiert die umstrittene Entscheidung des Verfassungsgerichts vom 27. Oktober. Die Ukraine habe sich im Rahmen des Assoziierungsabkommens, dem makrofinanziellen EU-Hilfsprogramm und der Visaliberalisierung der Korruptionsbekämpfung verpflichtet, und die Entscheidung gefährde diese Verpflichtungen.
03.11.2020	Das Oberste Antikorruptionsgericht muss aufgrund der gekippten Entscheidung des Verfassungsgerichts zu Falschangaben in elektronischen Vermögensdeklarationen den ersten Fall schließen: Der ehemalige Vorsitzende der Region Saporischschja, Kostjantyn Bryl, stand vor Gericht, da er fünf Kraftfahrzeuge, darunter ein Auto der Marke Range Rover sowie fünf der Marke Mercedes Benz, nicht deklariert hatte.
03.11.2020	Laut einer repräsentativen Umfrage des Rating-Instituts misstrauen 60 Prozent der Ukrainer dem Verfassungsgericht, während 19 Prozent dem Gericht vertrauen. Die durch die Entscheidung des Verfassungsgerichts mögliche Aufhebung der Visaliberalisierung würden 55 Prozent als negativ betrachten; 11 Prozent würden sie hingegen begrüßen.
03.11.2020	Ein Militärgericht im südrussischen Rostow-am-Don verurteilt drei Krimtataren zu Haftstrafen zwischen 12 und 17 Jahren. Den drei Verurteilten, die im Februar 2019 auf der annektierten Krim festgenommen wurden, wird vorgeworfen, der in Russland wegen Extremismus verbotenen Organisation Hizb ut-Tahrir anzugehören. Die Ombudsfrau der Ukraine für Menschenrechte, Ljudmyla Denissowa, bezeichnet die Urteile als »illegal und politisch motiviert«.
04.11.2020	Anlässlich der ersten 100 Tage des jüngsten Waffenstillstands in der Ostukraine teilt das ukrainische Militär mit, dass in diesem Zeitraum drei ukrainische Soldaten getötet und 11 verwundet wurden. Seit dem Beginn der Kampfhandlungen 2014 gab es 21 Waffenstillstandsabkommen. Das aktuelle sei das effektivste; die Zahl der Angriffe sei um das Fünffache zurückgegangen.
04.11.2020	Finanzminister Serhij Martschenko warnt, dass die Entscheidung des Verfassungsgerichts vom 27. Oktober die Makrofinanzhilfen und die Kredite des IWF, der EU und der Weltbank gefährden, die der Ukraine für 2021 bereits zugesichert wurden.
04.11.2020	Der Anführer der »Volksrepublik Donezk« (DNR), Denis Puschilin, teilt mit, dass inzwischen 170.000 russische Pässe an Bewohner der DNR ausgestellt worden seien. Der Anführer der »Volksrepublik Luhansk« (LNR), Leonid Passetschnik, berichtete zuvor im Oktober, dass mehr als 150.000 russische Pässe an Bewohner der LNR verteilt wurden. Damit verfügen knapp 20 Prozent der zusammengenommen geschätzt 1,8 Millionen Einwohner der beiden »Volksrepubliken« über russische Pässe. Der russische Präsident Wladimir Putin verabschiedete im Frühjahr 2019 ein Dekret zur vereinfachten und beschleunigten Passausgabe an die Bewohner der »Volksrepubliken«. Die Ukraine kritisiert das Vorgehen, da es die Minsker Vereinbarungen unterminiere.
04.11.2020	Die Trilaterale Kontaktgruppe einigt sich auf vier neue Entflechtungszonen an der Kontaktlinie, aus denen sich die Einheiten der ukrainischen Armee und der pro-russischen »Separatisten« zurückziehen sollen. Drei davon befinden sich in der Luhansker Oblast (Slowjanoserbsk, Petriwka, Nischnoteple) und einer in der Donezker Oblast (Hryhoriwka).
05.11.2020	Im Rahmen der Verhandlungen der Trilateralen Kontaktgruppe legt die Ukraine laut Leonid Krawtschuk, dem Verhandlungsführer auf ukrainischer Seite, einen neuen »Aktionsplan« mit fünf Punkten vor: Erstens sollen Anfang 2021 die ausländischen Truppen, illegalen bewaffneten Einheiten und Söldner abgezogen werden. Zweitens soll Russland unter anderem die vereinfachte Ausgabe russischer Pässe an die Bewohner im Donbas einstellen. Drittens soll die Ukraine die Kontrolle über die Grenze zu Russland wiedererlangen. Viertens soll die OSZE-Beobachtermission auf 1500 Personen aufgestockt werden. Fünftens könnten nach Erfüllung dieser Bedingungen unter Aufsicht der OSZE bereits Ende März 2021 Wahlen in den »Volksrepubliken« abgehalten werden. Außerdem fordert Krawtschuk einen neuen Normandie-Gipfel vor Ende des Jahres. Der Sprecher des russischen Präsidenten Wladimir Putin, Dmitri Peskow, kritisiert den Vorstoß und hält ein Treffen im Normandie-Format »um des Treffens willen« für nicht zielführend.
05.11.2020	Das Parlament verabschiedet den Staatshaushalt für 2021 mit 275 Stimmen in erster Lesung. Laut dem Finanzministerium zählen zu den Prioritäten für das kommende Jahr die geplante Anhebung des Mindestlohns, bessere Bildung, die medizinische Versorgung sowie die Bekämpfung der Covid-19-Pandemie und ihrer Folgen. Geplanten Einnahmen von 1,07 Billionen Hrywnja (ca. 32 Mrd. Euro) stehen Ausgaben von 1,35 Billionen (ca. 40 Mrd. Euro) gegenüber, womit ein Haushaltsdefizit in Höhe von ca. sechs Prozent des BIP eingeplant ist.
05.11.2020	Das Oberste Antikorruptionsgericht schließt nach der Entscheidung des Verfassungsgerichts vom 27. Oktober den Fall gegen den Bürgermeister von Odessa, Hennadij Truchanow. Truchanow wird vorgeworfen, Vermögenswerte in Höhe von 16 Mio. Hrywnja (ca. 470.000 Euro) nicht deklariert zu haben.

06.11.2020	Das Verfassungsgericht der Ukraine verschiebt eine für heute geplante Abstimmung über die Landreform, da das nötige Quorum – mindestens 12 der 18 Verfassungsrichter müssen anwesend sein – nicht erreicht wird. Medienberichten ukrainischer Zeitungen zufolge wollen einige Verfassungsrichter mit ihrem Fernbleiben verhindern, dass weitere Reformen vom Verfassungsgericht rückgängig gemacht werden. Weil aktuell drei Posten vakant sind, müssen vier Richter fernbleiben, damit die Beschlussfähigkeit nicht erreicht wird. Da vier Richter erklären, dass sie temporär nicht an den Sitzungen teilnehmen werden, ist die Arbeit des Verfassungsgerichts vorerst blockiert.
06.11.2020	Die Wahlkommission der Stadt Kyjiw erklärt knapp zwei Wochen nach der Wahl den bisherigen Amtsinhaber Witalij Klytschko zum Sieger der Bürgermeisterwahl. Der seit 2014 amtierende Klytschko erhielt 50,52 Prozent der Stimmen und entgeht damit knapp einer Stichwahl, die in vielen anderen Großstädten (u. a. Dnipro, Odessa, Lwiw) am 15. November stattfindet.
07.11.2020	Die Weltbank stellt der Ukraine 100 Millionen US-Dollar für den Wiederaufbau in der Ostukraine bereit. Das Geld, das im Rahmen des Projektes »Ostukraine: Wiedervereinigung, Wiederaufbau und Wiederbelebung« zur Verfügung gestellt wird, soll der Förderung der Wirtschaft und dem Wiederaufbau der Infrastruktur in den von der Ukraine kontrollierten Gebieten der Oblast Luhansk zugutekommen.
07.11.2020	Präsident Wolodymyr Selenskyj gratuliert per Twitter dem Sieger der US-Präsidentschaftswahl, Joe Biden, zu dessen Sieg und spricht vom Aufbau einer »strategischen Partnerschaft«. Nicht zuletzt aufgrund der »Ukraine-Affäre« im Sommer 2019, in Folge derer ein Amtsenthebungsverfahren gegen US-Präsident Donald Trump eingeleitet wurde, galten die außenpolitischen Beziehungen zwischen der Ukraine und den USA unter Trump als belastet. Biden, der seit 2014 mehrfach die Ukraine besuchte, gilt als Kenner der Ukraine. In Kiew wird die Hoffnung geäußert, dass sich die bilateralen Beziehungen wieder bessern werden und der Ukraine größere Priorität in der US-Außenpolitik eingeräumt werden wird.

Die Chronik wird zeitnah erstellt und basiert ausschließlich auf im Internet frei zugänglichen Quellen. Die Redaktion bemüht sich, bei jeder Meldung die ursprüngliche Quelle eindeutig zu nennen. Aufgrund der großen Zahl von manipulierten und falschen Meldungen kann die Redaktion der Ukraine-Analysen keine Gewähr für die Richtigkeit der Angaben übernehmen.

Zusammengestellt von Dr. Eduard Klein

Sie können die gesamte Chronik seit Februar 2006 auch auf <http://www.laender-analysen.de/ukraine/> unter dem Link »Chronik« lesen.

Herausgeber:

Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen
 Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V.
 Deutsches Polen-Institut
 Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien
 Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung
 Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOiS) gGmbH

Redaktion:

Dr. Fabian Burkhardt (verantwortlich)
 Assistenz: Leonie Eckl
 Chronik: Dr. Eduard Klein
 Satz: Matthias Neumann

Wissenschaftlicher Beirat:

Dr. Kseniia Gatskova, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung Regensburg
 Prof. Dr. Guido Hausmann, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung Regensburg
 Dr. Susan Stewart, Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin
 Dr. Susann Worschech, Europa-Universität Viadrina, Frankfurt/O.

Die Meinungen, die in den Ukraine-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

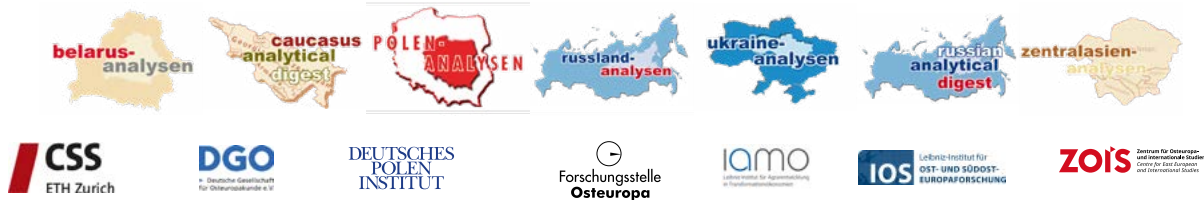
Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Ukraine-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann und Michael Clemens

Alle Ausgaben der Ukraine-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

Die Ukraine-Analysen werden im Rahmen eines Lizenzvertrages in das Internetangebot der Bundeszentrale für politische Bildung (www.bpb.de) aufgenommen.

ISSN 1862-555X © 2020 by Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V., Deutsches Polen-Institut, Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOiS) gGmbH
 Forschungsstelle Osteuropa • Länder-Analysen • Klagenfurter Str. 8 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607
 e-mail: laender-analysen@uni-bremen.de • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>



Kostenlose E-Mail-Dienste: Länder-Analysen

 @laenderanalysen

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Alle Länder-Analysen verstehen sich als Teil eines gemeinsamen Projektes, das der wissenschaftlich fundierten, allgemeinverständlich formulierten Analyse der Entwicklungen im östlichen Europa, der Offenheit für verschiedene inhaltliche Positionen und der kostenlosen und nicht-kommerziellen Information einer breit verstandenen interessierten Öffentlichkeit verpflichtet ist. Autor/innen sind internationale Fachwissenschaftler/innen und Expert/innen. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftler/innen mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die deutschsprachigen Länder-Analysen werden gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, dem Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien, der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde, dem Deutschen Polen-Institut, dem Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien und dem Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung herausgegeben. Die englischsprachigen Länder-Analysen erscheinen in Kooperation der Forschungsstelle Osteuropa mit dem Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Belarus-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/belarus/>

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/cad.html>

Polen-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/newsletter/polen-analysen/>

Russland-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/rad.html>

Ukraine-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>

Zentralasien-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/zentralasien/>